

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagiaten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorffstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Überband Bochum.

Soziale Gefahrengemeinschaft.

P. Z. Wir haben zur Zeit drei Millionen Arbeitssuchende. Ihre Zahl vermehrt sich noch von Tag zu Tag. Bis Januar-Februar werden es wahrscheinlich fünf und mehr Millionen werden. Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die dem Kapitalismus ein hohes Lied singen.

Wie denkt man sich übrigens den Zusammenbruch einer Wirtschaftsordnung? Es scheint, daß man dabei an zusammenstürzende Fabriken denkt. Oder an explodierende Dampfkessel. Oder an einstürzende Schächte. Nur nicht an die Menschen dieser Wirtschaftsordnung.

Wäre das letztere der Fall, würde man auch den arbeitenden Menschen als wesentlichen Bestandteil jeglicher Wirtschaftsordnung werten, dann müßten schon längst bange Zweifel über den Fortbestand des Kapitalismus breiteren Raum gewonnen haben. Die lebendige Triebkraft „Mensch“ in diesem Produktionsprozeß zeigt nämlich in erschreckendem Maße eine sich steigende Zerfegung.

Und zwar deshalb, weil der Kapitalismus nicht genug Verwendungsmöglichkeit hat für das Angebot an Menschenarbeit. Man registriert das mit Bedauern. Als ob lediglich die Menschen da seien für den Kapitalismus. In Wirklichkeit aber muß es doch umgekehrt gelten. Der Kapitalismus ist da für die Menschen. Der Kapitalismus muß den Menschen Gelegenheit und Raum geben, ihre Existenz bestreiten zu können.

Kann er das nicht, dann hat er seine Daseinsberechtigung verloren. Dann ist er zusammengebrochen!

Dieser Zusammenbruch ist natürlich nicht schon da, wenn einige wenige Menschen keine Arbeit mehr finden. Er ist aber auch nicht dann erst da, wenn überhaupt niemand mehr Arbeit findet. Er ist vielmehr dann da, wenn die Arbeitslosenzahl so groß wird, daß daraus Gefahren erwachsen für den geordneten Weiterbestand der Wirtschaftsgesellschaft.

Wir stehen vor solchen Gefahren. Aber die Mehrzahl der Menschen sieht sie noch nicht. Man scheint immer noch nicht begriffen zu haben, daß millionenfache Arbeitslosigkeit im Kapitalismus millionenfaches Verhungern bedeutet. Vorausgesetzt, daß die Gesellschaft die Arbeitslosen nicht vor dem Verhungern schützt durch Unterstützung. Bis heute tut man das ja. Der Ruf aber wird immer lauter, daß wir das auf die Dauer nicht aushalten. Und nun wächst die Zahl der Arbeitslosen immer noch ins Riesenhafte. Wie denkt man sich hier den Ausweg?

Es ist interessant, die Träger der heutigen Wirtschaftsordnung selbst darüber zu hören, nämlich die Kapitalisten. Sie fordern kurzerhand, die Arbeitslosen sich selbst zu überlassen. Die Narren! Glauben diese Leute denn wirklich, daß sich fünf Millionen Menschen, weil sie eben keine Arbeitsmöglichkeit finden, sich resigniert und fatalistisch verhungern lassen?

Nichts anderes als Verhungern bliebe doch für solche Unglücklichen, die in so großer Zahl aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen werden, wenn sie nicht von der Gesellschaft unterhalten werden. Arbeitslosigkeit ist doch im Kapitalismus gleichbedeutend mit Verlust der materiellen Existenzbasis und Abgleiten in soziale Verelendung und physische Verendung.

Einzelindividuen mögen sich solchem Schicksal fatalistisch hingeben. Millionen solcher Schicksalsgenossen aber zu gleicher Zeit vor solch graufiger Konsequenz gestellt, würden einen verzweiflungsvollen Kampf um ihre Selbsterhaltung aufnehmen.

Und an ihre Seite würden alle diejenigen treten, die vom gleichen Schicksal sich auch in Zukunft bedroht fühlten. Aus dieser Selbstverständlichkeit folgert ja schon die ganze Marxsche Revolutionstheorie.

Aber, wie gesagt, die Menschen scheinen demgegenüber blind zu sein. Wie sonst wäre es möglich, daß man sich um die Frage streitet, ob ausreichende Arbeitslosenunterstützung aufzubringen sei oder nicht? Wären sich alle der Gefahren bewußt, die von einem wachsenden Arbeitslosenheer geschaffen werden können, dann wären genug Mittel zur Hand.

Wir denken dabei nicht nur an die Unternehmer, sondern an die Allgemeinheit. Es ist ein Skandal, wie all die von Arbeitslosigkeit nicht bedrohten Volkskreise sich zu dieser ganzen für unsere wirtschafts-, gesellschafts- und staatspolitische Entwicklung entscheidendsten Frage einstellen.

Alle diese Kreise stellen sich an, als ob sie die ganze Frage nichts angehe. Sie sehen darin nur eine Angelegenheit der versicherungspflichtigen Arbeitnehmerschaft und der Regierung. Daß es sich hier um eine Existenzfrage der ganzen Gesellschaft handelt, wird ihnen nicht bewußt.

Auch den Regierenden selbst nicht. So scheint es wenigstens. Die Sonderstellung der von Arbeitslosigkeit nicht bedrohten Kreise scheint man als unantastbar von Gott und der Natur gegeben zu betrachten. Daß diese Kreise nur ein Teil in dem großen Wirtschaftsmechanismus sind, der ohne die Arbeiterschaft sofort zerfallen müßte, kommt niemandem in den Sinn.

Aus dieser Tatsache entwickelt sich allmählich eine ungeheure soziale Brutalität. Wieso? Nun, all die bevorzugten Kreise heimsen zu jeder Zeit die besten Vorteile ein, die die Gesellschaftswirtschaft abwirft.

Ein soziales Risiko, wie Arbeitslosigkeit, Einkommensenkung usw. in der Krise kennen sie nicht. Im Gegenteil! Die Krise bringt ihnen gewaltige Vorteile. Bei gleichbleibendem Einkommen nutzen sie den Vorteil der Preisfällung in der Krise doppelt aus. Die Krise wird für sie buchstäblich zur sozialwirtschaftlichen Hochkonjunktur.

Eine Wirtschaftskrise also kennt nur der Arbeiter. Und daß man ihm das ganze Risiko dieser Krise allein überläßt, darin liegt die ungeheure soziale Brutalität.

Die Arbeitslosenversicherung ist eine Versicherung besonderer Art. Sie ist keine Versicherung, die dem Arbeiter Schutz sein soll gegen Schäden, die ihm aus seiner Tätigkeit im Beruf entstehen können. Sie ist vielmehr eine Versicherung gegen eine einzige bestimmte Gefahr, die dem Arbeiter erwächst aus seiner sozialen Stellung innerhalb der Wirtschaftsgesellschaft.

Die Gefahr erwächst ihm also nicht, weil er arbeitet, einen Beruf, eine Tätigkeit ausübt, sondern weil er Arbeiter ist und nicht zufällig oder glücklicherweise Kapitalist, freier Berufstätiger, Beamter, gesicherter Angestellter usw.

Es ist also ein gesellschaftliches Risiko, das auf ihm lastet. Und wesentlich ist, daß dasselbe auf ihm allein lastet. Ein gesellschaftliches Risiko zu steuern aber sind alle Glieder der Wirtschaftsgesellschaft verpflichtet.

Das ist es also, was wir unter sozialer Gefahrengemeinschaft verstehen: Alle Wirtschaftstätigen, ob Ar-

beiter, Beamter, freier Berufszugehöriger, Kapitalist, kurz alle, die irgendein Einkommen aus wirtschaftlicher Betätigung beziehen, sind mit ihrem vollen Einkommen im gleichen Verhältnis für die Arbeitslosenversorgung heranzuziehen!

Die Forderung ist nicht neu. Dafür aber einzig gerecht. Man hat sich bisher hauptsächlich deshalb nicht dafür erwärmen können, weil sie zu sehr nach Sozialismus riecht. Das ist schließlich auch eine „Begründung“.

Daß mit ihrer Erfüllung die Frage der Arbeitslosenversorgung gelöst wäre, kann niemand bestreiten. Und daß von solcher Lösung auch die Wirtschaft vor „Überspannung“ bewahrt würde, ist ebenfalls klar. Aber, wie gesagt, das individualistisch-kapitalistische Denken unserer Zeit läßt solch kollektive Gefahrengemeinschaft nicht zu.

Man experimentiert lustig weiter und versucht, die „Wirtschaft ankurbeln“ zu können. Dabei wird der lebendige Arbeiter immer mehr vernachlässigt und nur auf seine Kosten experimentiert. Man glaubt, daß es noch gute Weile habe, bis die Fabriken einstürzen, die Kessel explodieren, die Schächte versinken. Aber man täusche sich nicht: der lebendige Mensch im Produktionsprozeß ist der entscheidende Faktor!

Wir befürchten, daß man das zu spät erkennen wird. Man sieht eben heute nur die Gefahr der Arbeitslosigkeit für den Arbeiter. Man sieht aber noch nicht die Gefahr der Arbeitslosigkeit des Arbeiters für die ganze Gesellschaft.

Wir drängen immer mehr dem Zeitpunkte zu, in dem diese letztere Gefahr akut werden wird, da ja die Arbeitslosen sich stetig vermehren und schon jetzt kaum die Möglichkeit besteht, auf dem bisherigen Wege genügend Unterstützung schaffen zu können.

Ist einmal der Punkt erreicht, wo sich bei Weitervermehrung der Arbeitslosen die Unterstützungssätze verringern, dann ist eben die Gefahr der Arbeitslosen für die ganze Gesellschaft akut, dann wird es wahrscheinlich auch in den anderen bürgerlichen Schichten allmählich dämmern, daß sich wirklich die ganze Wirtschaftsgesellschaft in einer Gefahrengemeinschaft befindet gegenüber den sozialen Auswirkungen dieser Wirtschaftsordnung.

Dann aber wird es vielleicht zu spät sein!

Wer treibt Katastrophenpolitik?

Seit Anfang dieses Jahres befinden wir uns in Deutschland in einer Wirtschaftskrise, deren Kennzeichen vor allem eine außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit ist. Auch der Bergbau wurde von Produktionseinschränkungen, von Massenentlassungen und Feierschichten nicht verschont. Gerade in den letzten Tagen und Wochen wurden, besonders im Ruhrbergbau, in aufsehenerregender Weise neue Stilllegungen und Massenentlassungen angekündigt. Es ist natürlich und verständlich, daß diese ungünstige arbeitsmarktpolitische Entwicklung bei den Bergarbeitern die schwersten Besorgnisse und Erregungen auslösen muß. Es geht um die Existenz und das Wohl von tausenden und zehntausenden Bergarbeiterfamilien. Deshalb haben die Bergarbeiter in erster Linie ein Recht darauf, die Ursachen der Krise kennen zu lernen. Aber auch die breite Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, die Gründe zu erfahren, die zu der wirtschaftlichen Notlage geführt haben.

Obwohl man die Frage nach Ursache und Schuld der Wirtschaftskrise im Bergbau nicht gut in einem Artikel beantworten kann, so soll in folgendem doch etwas näher darauf eingegangen werden. Verschiedene Kreise haben sich nämlich die Erklärungen sehr leicht gemacht, indem sie die Notlage im Bergbau auf das Schuldkonto der gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitszeitpolitik schieben. So hat z. B. das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. von und zu Löwenstein in der Generalversammlung des Bergbauvereins am 14. Mai d. J. in Essen betont, daß wir die Rekordziffern von Feierschichten, Belegschaftsrückgang und Arbeitslosigkeit nicht hätten, wenn man den Unternehmern einen größeren Spielraum in der Lohn- und Arbeitszeitregelung gelassen hätte. Entsprechend dieser Auffassung haben dann die Ruhrunternehmer den Lohnsatz zum 1. Oktober gekündigt und einen zehnprozentigen tariflichen Lohnabbau gefordert. Nachdem der im Verlaufe der Verhandlungen gefällte und verbindlich erklärte Schiedsspruch den von den Unternehmern erstrebten Lohnabbau nicht brachte, bezeichnete die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 6. September 1930 diesen Schiedsspruch als einen politischen Schiedsspruch. Da die Löhne vor dem 1. Januar kaum eine Herabsetzung erfahren dürften — so heißt es in der „Deutschen Bergw.-Ztg.“ weiter —, muß wahrscheinlich versucht werden, die durch die Drosselung der Förderung stark anwachsenden Selbstkosten durch Entlassungen statt Feierschichten auszugleichen. Also auch hier zeigt sich

das Bestreben, die heutigen Löhne für die Krisenerscheinungen verantwortlich zu machen. Damit nicht genug. Die gleichen Hinweise finden wir in der Tagespresse. So äußert sich beispielsweise die „Kölnische Zeitung“ vom 5. September 1930 wie folgt:

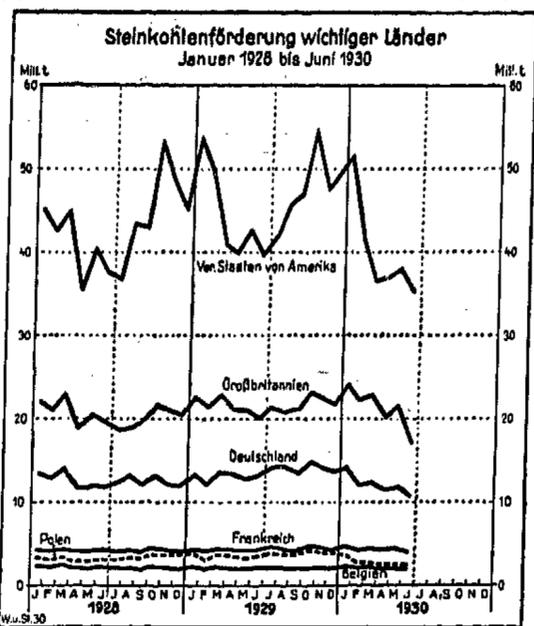
„Die Arbeitnehmerseite wird sich schließlich dahin zu entscheiden haben, ob eine immer geringer werdende Anzahl zu einem hochgehaltenen Tariflohn arbeitet, während immer mehr Bergleute der Arbeitslosigkeit verfallen, oder ob durch eine Lohnsenkung eine größere Zahl wieder Arbeit und Brot findet.“

Die gleichen Meinungsäußerungen finden wir ferner in den verschiedenen Werks- und Zeitschriften. Man versucht also auf verschiedenem Wege die Bergarbeiter und die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, als sei die gemerkschaftliche Haltung die entscheidende Ursache für Feierschichten und Belegschaftsabbau. Die Bergarbeiter, die infolge der Feierschichten fast in jedem Monat einen Verdienstaufschlag von 15 bis 20 Prozent hatten, die kaum soviel verdienen, um das Lebensnotwendigste zu bestreiten, werden das Argument, ihre „hohen Löhne“ seien an der Krise schuld, sicherlich nicht verstehen. Sie werden derartige Hinweise als eine Verhöhnung der Bergarbeiterchaft und nicht als eine volkswirtschaftliche Weisheit bewerten und empfinden. Und zwar mit Recht. Denn von der wirtschaftlichen Lebenslage des Bergmanns aus gesehen, ist der Gebante eines Lohnabbaues als ein unverantwortlicher Raub am Lebensnotwendigsten zu betrachten. Aber auch von der Geschäftslage des Bergbaues ausgehend, ist ein derartiges Bestreben völlig unbegründet, wie die Vertreter unseres Verbandes bei den letzten Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau überzeugend nachweisen konnten. Wie leichtfertig und verantwortungslos die bürgerlichen Zeitungsschreiber und Krisentheoretiker mit den elementarsten Lebensinteressen der Bergarbeiter spielen, zeigt auch die Tatsache, daß sie die Krisenerscheinungen nur im bezirklichen und nationalen Rahmen sehen wollen.

Ein Blick auf die Weltkohlenwirtschaft

zeigt dagegen, daß der Rückgang in der Kohlenförderung nicht nur in Deutschland, sondern in allen größeren Bergbaustaaten vorhanden ist. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Auf- und Abwärtsbewegung am stärksten ausgeprägt, während der Produktionsrückgang in Europa, vor

allein in den drei Kohlenausfuhrstaaten Großbritannien, Deutschland und Polen, vorhanden ist, wie nachstehendes Schaubild aus „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 17) näher zeigt:



Es ist also nicht so, daß sich die Absatzstörung im Bergbau nur auf Deutschland beschränkt. Die Drosselung der Förderung ist vielmehr eine Leilerscheinung der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krise. Diese weltwirtschaftliche Krise ist aber — man schämt sich fast, diese Banalität auszusprechen — nicht hervorgerufen durch die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der deutschen Gewerkschaften bzw. durch die Haltung der Bergarbeitergewerkschaften. Wenn in diesem Zusammenhang überhaupt von einer Schuld die Rede sein soll, dann ist diese einzig und allein auf das Konto der kapitalistischen Wirtschaftsweise zurückzuführen. Nur unwissende oder demagogische Goldschreiber konnten deshalb in dem zurückliegenden Wahlkampf die gewerkschaftliche oder marxistische Politik für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen. Und nur eine verantwortungslose leichtfertige Schreibweise kann auch heute der Öffentlichkeit klarzumachen versuchen, die Schuld für die schlechte Konjunkturlage im deutschen Bergbau liegt an der starren tariflichen Regelung von Lohn und Arbeitszeit.

Der vorerwähnte Streit um die Ursachen der bergbaulichen Krisenerscheinungen hat nicht nur eine theoretische Bedeutung. Nachdem man auf Unternehmerseite sich die volkswirtschaftliche Erkenntnis zu eigen gemacht hat, daß die hohen und starren Tariflöhne die ganze Misere verursacht haben, glaubt man, den

Weg aus der Krise

auch nur durch Lohnabbau zu finden. Weg aus der Krise — ist vielleicht zuviel gesagt, denn in Wirklichkeit handelt es sich bei den lohnpolitischen Auseinandersetzungen zunächst darum, wer die Belastungen aus der Krise tragen soll. Da die Grubenunternehmer auch jetzt — trotz angefallener Reserven und trotz Krise — gut verdienen wollen, so brauchen sie für die unsoziale Forderung eines Lohnabbaues zumindest eine soziale Begründung. Diese glauben sie durch folgende und ähnliche Hinweise zu finden: „Ein etwaiger Lohnabbau würde im Endeffekt den Belegschaften der Zechen selbst zu gute kommen, denn nur durch einen Lohn- und Preisabbau lassen sich weitere Entlassungen von Bergarbeitern vermeiden. Die Preisentwertung würde eine Marktberuhigung herbeiführen, aus der heraus sich eine gleichmäßigere und immer stabiler werdende Beschäftigung und damit auch ein Nachlassen der Feierlichkeiten ergeben würde.“ („Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 29. August 1930.) Also Marktberuhigung und stabilere Beschäftigung sollen hiernach die Folge und das Ziel eines Lohnabbaues im deutschen Bergbau sein. Wie es mit diesem verheißungsvollen Ziel jedoch praktisch aussteht, zeigt in sehr drastischer Weise eine Meldung in der Tageszeitung „Der Deutsche“ vom 11. September d. J. Es heißt dort: „Obgleich die Löhne in Polen durchschnittlich um 40 Prozent unter den entsprechenden deutschen Löhnen liegen, erscheinen sie den polnischen Industriellen immer noch zu hoch, und es geht wieder einmal eine allgemeine Lohnsenkungsbewegung durch ganz Polen. Der Anstoß zu dieser Bewegung ist diesmal aus Deutschland gekommen. Die Tatsache, daß die westerschlesische Eisenindustrie dem Lohnabschlag der rheinisch-westfälischen ohne große Schwierigkeiten zu folgen vermochte, ließ auch die osterschlesische Eisenindustrie den so „billigen“ Gedanken einer Lohnsenkung aufgreifen, und sofort folgte ihr die osterschlesische Kohlenindustrie. Das bisherige Lohnabkommen dieser beiden Zweige der Großindustrie Polnisch-Oberschlesiens ist für Ende September gekündigt, obgleich beide Industrien sich auf stark aufsteigender Linie bewegen.“

Falls die Unternehmer also ihre Ziele verwirklichen könnten, würde durch einen Lohnabbau, wie vorstehende Meldung zeigt, alles andere, nur keine Marktberuhigung erreicht. Genau das Gegenteil müßte eintreten. Jeder Lohnabbau eines Staates veranlaßt die übrigen Staaten, wie obiges Beispiel beweist, mit gleichen Mitteln den verschärften Wettbewerb auszutragen, so daß schließlich der gesamte Konkurrenzkampf nur auf Kosten der Bergarbeiter geführt würde. Der Lohnabbau bedeutet daher keinen Ausweg aus der Krise, sondern wirkt höchstens krisenverschärfend, weil man dadurch die Kaufkraft der Bergarbeiter weiter schmälert. Wohin diese Schwächung der Kaufkraft der breiten Bevölkerung aber führt, das zeigen die Feststellungen in dem neuesten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung. Es heißt da: „Auf der einen Seite liegen jetzt Milliardenwerte an Waren brach und harren des Absatzes, während auf der anderen Seite viele Millionen von Arbeitskräften zu feiern gezwungen und von der Ruhmsetzung dieser Produkte abgelenkt sind — eine Ironie der Wirtschaftslage auf das ökonomische Prinzip, auf die zweckbewußten Planungen der Unternehmer, auf den gesunden Menschenverstand, der angeblich alle wirtschaftlichen Handlungen beherrscht.“

Ob die bürgerlichen Krisentheoretiker angesichts dieser Feststellungen immer noch den Mut finden, für Lohnabbau ein-

zutreten, nachdem die Welt im Warenreichtum erstickt? Ob die Bergbauunternehmer auch in Zukunft trotz alledem nur in einem Lohnabbau Wege aus der Wirtschaftskrise erblicken? Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht daran zu zweifeln. Es liegt deshalb an der Arbeiterschaft selbst, ob sie durch eine passive Haltung den Unternehmern einen Spielraum für eine derartige Katastrophenpolitik läßt oder ob sie mit Hilfe einer geschlossenen Gewerkschaftsmacht eine andere fortschrittlichere Wirtschafts- und Sozialpolitik erzwingt. Es gibt aber aus der gegenwärtigen Krisennot noch andere soziale Auswege, wie nachstehender Abschnitt zeigen soll.

* * *

Am 1. Dezember d. J. wird die gesetzliche Arbeitszeit der englischen Bergarbeiter um eine halbe Stunde, auf 7½ Stunden verkürzt. Da man im englischen Bergbau eine andere Berechnung der Arbeitszeit als in Deutschland kennt, kommt man praktisch damit zu der Achtstundenschicht, also zu der gleichen Arbeitszeit, wie sie jetzt im deutschen Steinkohlenbergbau üblich ist. Am 30. Juni nächsten Jahres läuft in England ferner das Arbeitszeitgesetz von 1926 ab, das damals die Arbeitszeit der Bergarbeiter von sieben auf acht Stunden verlängerte. Mit dem Ablauf dieses Gesetzes dürfte in England eine weitere

Verkürzung der Arbeitszeit

um eine halbe Stunde eintreten. Diese begrüßenswerte und fortschrittliche Reform verdanken die englischen Bergarbeiter ausschließlich der Arbeiterregierung. Obwohl diese nicht eine absolute Parlamentsmehrheit besitzt, hat sie in hartnäckigen Auseinandersetzungen mit den Liberalen und dem Oberhaus ihre Reformverpflichtung durchgesetzt. Also trotz Krise und gerade wegen der Arbeitslosennot — eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nicht mit Hilfe von Verschlechterungen, nicht durch rückwärtliche Maßnahmen, sondern mit vorwärtsgerichteten Mitteln versucht also die englische Arbeiterregierung, einen Weg aus der Bergbaubrücke zu finden. Diese Tatsache verdient festgehalten zu werden, denn sie zeigt blühartig den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsführung. Dort, wo die privatkapitalistische Herrschaft maßgebend ist, will man die Not beiseitigen, indem man Mittel anwendet, die die Not vergrößern. Wo dagegen, wie in England, unter maßgebender Mitwirkung einer Arbeiterpartei regiert werden muß, ist der Wille ausschlaggebend, über engherzige Bedenken hinaus in großzügiger und fortschrittlicher Weise die Dinge zu meistern.

Es ist nun sehr interessant, zu beobachten, in welcher Weise die Grubenunternehmer in Deutschland auf die englischen Maßnahmen reagieren. Auf der schon erwähnten Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins in Essen sprach man z. B. von der Syndizierung des englischen Bergbaues, die das neue Bergbaugesetz vorschreibt. Aber mit keinem Wort erwähnte man die darin enthaltene Verkürzung der Arbeitszeit. Nachdem man so bewußt die Fortschritte in England ignoriert hatte, führte man zur Arbeitszeitfrage in Deutschland folgendes aus:

„Ein anderer, immer wieder dem Bergbau empfohlener Rat zielt auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ab. Verkürzter Arbeitszeit — es liegt das alles so auf der Hand — folgt naturgemäß die Erhöhung der Produktionskosten als Vor-

läuferin einer allgemeinen Preiserhöhung, die ihrerseits wieder mit Reallohnminderung wie mit dem Verlust an Ausfuhrmöglichkeit verbunden ist; verringerte Ausfuhrmöglichkeit, so schließt sich logisch Glied an Glied in der Kette wirtschaftlicher Abhängigkeiten, führt zwangsläufig zu Betriebs einschränkungen und -stilllegungen und damit wieder zu verstärkter Arbeitslosigkeit.“

Die Grubenunternehmer in Deutschland denken demnach überhaupt nicht an eine Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn die Bergarbeitergewerkschaften im Gegensatz zu der verhängnisvollen Einstellung der Unternehmer erneut das Mehrarbeitsabkommen an der Ruhr gekündigt haben mit dem Ziel, auch im deutschen Bergbau die Arbeitszeit zu verkürzen, dann zeigen sie damit erneut den Willen, durch fortschrittliche Maßnahmen die Krisennot zu mildern. Inwieweit es gelingt, diesen Willen in die Tat umzusetzen, wird in erster Linie von dem Verhalten der Bergarbeiter abhängen. Nicht diese oder jene wirtschaftspolitische Meinung, sondern die realen Machtverhältnisse entscheiden über einen sozialfortschrittlichen oder reaktionären Kurs in der Gestaltung der bergbaulichen Arbeitsverhältnisse. Oder anders ausgedrückt: Jeder Erfolg oder Mißerfolg der Tarifpolitik wird von dem Umfange der vorhandenen Gewerkschaftsmacht entscheidend beeinflusst. Die heutige Gewerkschaftsmacht der Bergarbeiter kann leider nicht als sehr günstig bezeichnet werden, da ein großer Teil der Bergarbeiter es immer noch nicht für notwendig erachtet, einer Bergarbeitergewerkschaft beizutreten.

Von entscheidender Bedeutung ist aber auch, wie das englische Beispiel zeigt, der politische und parlamentarische Einfluß der Arbeiterklasse. Diese Erkenntnis war am 14. September in der deutschen Arbeiterschaft auch nicht genügend verankert. Wäre sie vorhanden gewesen, dann hätte das Wahlergebnis anders ausfallen müssen.

Zusammenfassend sei deshalb nochmals betont: Die Wirtschaftskrise, unter der die Bergarbeiter seit einigen Monaten auf das Schwerste zu leiden haben, ist nicht, wie man immer wieder es hinzustellen beliebt, eine Erscheinung, die durch die gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik hervorgerufen und verschlimmert worden ist. Der wirtschaftliche Niedergang ist vielmehr eine weltwirtschaftliche Erscheinung und eine Auswirkung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ein Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Depression kann nicht — wie die Unternehmer es verlangen — gefunden werden durch Lohnabbau. Es ist im Gegenteil eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft notwendig, da ja nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung „Milliardenwerte an Waren“ brachliegen. Ein Lohnabbau ist aber auch deshalb nicht zu verantworten, weil er nicht zu einer Marktberuhigung führt, sondern als Anlaß zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im internationalen Maßstabe und somit die erstrebte Wirkung verfehlt. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt muß vielmehr durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt werden. Die Frage ist für den deutschen Bergbau neben der Tarifkündigung an der Ruhr auch deshalb von unmittelbarer Bedeutung, weil die englische Arbeiterregierung mit Erfolg in diesem Sinne tätig ist. Unsere Aufgabe muß es daher sein, allerorts auflärend zu wirken und für Stärkung unserer gewerkschaftlichen und politischen Macht zu sorgen. Denn nur auf diese Weise schaffen wir eine Möglichkeit, dem unheilvollen Wirtschaftslauf und der drohenden Katastrophentendenz entgegenzuwirken. J. Triem.

Internationale Genossenschaftswirtschaft.

Ist eine internationale Genossenschaftswirtschaft möglich? Können die einzelnen Genossenschaften so weit ausgebaut werden, daß eine internationale Genossenschaftswirtschaft entsteht und von dieser Seite aus in das Getriebe der Weltwirtschaft eingegriffen wird? Es gibt dahingehende Pläne in Fülle. Eine internationale Großeinkaufsgesellschaft und eine internationale Genossenschaftsbank sind im Werden. Inwieweit ein weiterer Ausbau möglich ist — diese Frage ist heute, wo die Welt im Zeichen einer schweren Weltwirtschaftskrise steht, von besonderer Bedeutung. Erörtert wird diese Frage der Möglichkeit einer internationalen Genossenschaftswirtschaft vor allem auf den alle drei Jahre stattfindenden internationalen Genossenschaftstagen.

Der Ueberblick, der auf dem diesjährigen Wiener Internationalen Genossenschaftskongress über das Werden der internationalen Genossenschaftswirtschaft gegeben wurde, zeigt, daß zwar die internationale Genossenschaftswirtschaft noch immer in den Anfängen steht, daß aber doch von Jahr zu Jahr wesentliche Fortschritte erzielt werden. Vor allem fällt dieser Fortschritt auf im Vergleich zum vorhergegangenen Kongress, dem Stockholmer, auf dem erst von den allerersten Anfängen einer internationalen Genossenschaftswirtschaft gesprochen wurde, während man jetzt schon baldige praktische Ergebnisse erhoffen kann. Einige genossenschaftliche Verbände haben allerdings für eine derartige internationale Zusammenarbeit wenig Sympathie, da sie im eigenen Lande genügend zu tun haben, aber insgesamt herrscht doch der Wille zur internationalen Zusammenarbeit vor. Bedeutsam ist vor allem der allmähliche Weiterausbau der internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Er ist zwar noch nicht so weit fortgeschritten, daß man zu einer Organisation des Handels und der Produktion auf internationaler Grundlage schreiten könnte, aber es wird stark an der Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Großeinkaufsgesellschaften gearbeitet. Die Versuche nach einer praktischen Zusammenarbeit zeigen zwar, daß die Zusammenarbeit vieler Völker den Zusammenprall so verschiedener Ansichten bedingt, daß immer nur schwer eine mittlere Linie gefunden werden kann, doch man hofft, bald zu gemeinsamen Geschäften kommen zu können.

Welche Macht eine internationale Großeinkaufsgesellschaft darstellen könnte, zeigt sich vor allem in den Gesamtzahlen der Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften. Die Gesamtzahl ergibt für das Jahr 1928 einen Umsatz von 327 Mill. Pfd. Sterling, also von fast 7 Milliarden Mark, gegen 273 Mill. Pfd. Sterling im Jahre 1927 und 211 Mill. Pfd. Sterling im Jahre 1926. Es ist mithin ein wirklich bemerkenswerter Aufstieg der Genossenschaften zu verzeichnen. Von den 327 Mill. Pfd. Sterling Umsatz des Jahres 1928 entfallen auf Rußland 91, auf England 87, auf die Ukraine 53, auf Deutschland 21 und auf Schottland 15. Von diesem Umsatz von 327 Mill. Pfd. Sterling entfallen 54 Mill. auf Einfuhr aus anderen

Ländern, von diesen 54 Mill. wiederum 36 auf Einfuhr der englischen Großeinkaufsgesellschaft aus anderen Ländern.

Auch bei den Bemühungen um Errichtung einer internationalen Genossenschaftsbank ist man bisher nur zum Studium der Möglichkeiten einer gemeinsamen Aktion gekommen, durch dieses Studium aber zu einer weitgehenden Annäherung, so daß mit dem Werden internationaler genossenschaftlicher Bankgeschäfte gerechnet werden kann. Auch hier sei eine Zahl genannt. Die Gesamtmittel der 14 bedeutendsten Genossenschaftsbanken beliefen sich im Jahre 1928 auf 655 Mill. Dollar gegen 402 Mill. Dollar im Jahre 1927 und 313 Mill. Dollar im Jahre 1926.

Eine besondere wirtschaftliche Bedeutung dürfte dem Versuch einer Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Konsumgenossenschaften zukommen. Wird diese Zusammenarbeit ausgebaut, so wird Wesentliches zur Lösung des Abnahmeproblems der Landwirtschaft getan, wie die weitgehenden Bemühungen der englischen Großeinkaufsgesellschaft auf diesem Gebiete deutlich erkennen lassen. Die besondere Bedeutung des Wiener Kongresses ist darin zu sehen, daß auf diesem Gebiete die stärkste Aktivität entwickelt wurde. Der kanadische Weizen-Pool wurde in die Internationale der Genossenschaften aufgenommen, sehr enge andere Verbindungen zwischen landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften wurden angeknüpft, so daß für die nächsten Jahre wesentliche Leistungen erwartet werden können, wenn auch immer wieder betont werden muß, daß sich diesem Wollen große Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Zur Debatte standen in Wien auch die Fragen eines Weltwirtschaftsprogramms. Es ist ein Ausschuss zur Aufstellung eines solchen Programms auf dem Stockholmer Kongress vor drei Jahren eingesetzt worden, doch konnte er seine Arbeit bisher noch nicht abschließen. Deswegen mußte sich der Wiener Kongress damit begnügen, in zwei Entschliessungen zu den wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß durch langfristige Handelsverträge und Abschluß von Zollunionen gegen die Hochschutzzollpolitik eingeschritten würde. Es wurde ferner gefordert, daß die Truste und Kartelle entweder durch den Staat oder, soweit sie internationalen Charakter tragen, durch eine machtvolle Einrichtung des Völkerbundes kontrolliert werden.

So wurde auch auf diesem Wiener Kongress wertvolle Arbeit zur Stärkung der Genossenschaften geleistet. Es wurden die alten Prinzipien überprüft und ein erneutes Bekenntnis zu den Prinzipien der Rochdaler Pioniere abgelegt, so daß insgesamt diesem Kongress, obgleich er zeitweilig durch unliebsame Propagandareden der russischen Delegation getrübt war, ein großer Erfolg beschieden war. Es wurde ein wesentlicher weiterer Schritt nach vorwärts im Aufbau der so schwierig zu schaffenden internationalen Genossenschaftswirtschaft getan.

Dr. Wilhelm Grotkopp.

Krise der internationalen Sozialpolitik?

Durch die Unternehmerpresse gehen in letzter Zeit Artikel, in denen unter Darstellung der Ereignisse auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz der Versuch gemacht wird, eine Krise der Genfer Sozialpolitik festzustellen. Man kann zu diesen Versuchen nur mit Heinrich Heine sagen: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Teufel, ich kenne auch die Verfasser.“ Es ist eben nichts anderes als die Ausdehnung des sozialpolitischen Zweckpessimismus der Unternehmer auf die internationale Sozialpolitik. Gegenwärtig wird alles getan, um durch die Unternehmerpresse und den durch tausend Kanäle von ihr beeinflussten Tageszeitungen den Pessimismus zu verstärken und die öffentliche Meinung in bezug auf die nationale und internationale Sozialpolitik irreführend zu machen. Wenn unbedingt ein Versagen festgestellt werden muß, so ist es bedauerlicherweise in viel höherem Maße ein Versagen der von der allmächtigen Kapitalistenpresse irreführenden öffentlichen Meinung, als ein Versagen der Genfer Institutionen. Dies ist ein neuer Beweis dafür, daß diesen Einrichtungen zur Propagierung ihrer Aufgaben weit größere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie in der Lage sind, in gleichem Maße auf die öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen, wie dies die Unternehmer und die von ihnen unterstützte Presse in negativem Sinne tun.

In der Wirtschaftszeitung „Ruhr und Rhein“ (Nr. 30) wird Genf kein geringerer Vorwurf gemacht als der, es sei nicht in der Lage gewesen, die ungeheure Wirtschaftskrise der Welt und die in ihrer Folge erscheinende phantastische Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dies sei ein Mißerfolg der Organisation. Kein Wort steht in diesen Artikeln von der Unfähigkeit der Privatwirtschaft, solche Krisen zu überwinden; kein Wort davon, daß es doch offensichtlich die Schuld einer von der Privatwirtschaft betriebenen und beeinflussten europäischen Politik, die Schuld der unheimlichen Zollmauern, die Schuld der nicht auf die Absatzmöglichkeiten bedachten Rationalisierungspolitik der Unternehmer und einer ständig die Kaufkraft mindernden Lehnpolitik ist, daß wir uns heute mitten in der Krise der kapitalistischen Privatwirtschaft selbst befinden.

Die internationale Arbeitsorganisation in Genf hat in erster Linie die Aufgabe, in internationalem Ausmaße im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten einen international gleichwertigen Arbeiterschutz zu schaffen. Auf diesem Gebiete hat die Organisation zweifellos Bedeutendes geleistet, denn in einer zehnjährigen Tätigkeit sind 31 internationale Übereinkommen geschaffen worden, von denen heute schon mehr als 400 Ratifikationen durch 33 Staaten vorliegen. Es ist bekannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen in der Regel auch dem Gebiete der Sozialpolitik ein gewisser Stillstand eintritt, daß das Tempo des Fortschritts verlangsamt wird. Häufig ist es nötig, das bisher Erreichte gegen den Ansturm der sozialen Reaktionen zu verteidigen. So war auch die Lage auf der 14. Internationalen Arbeitskonferenz. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist in den Reden der Arbeitervertreter, die von ernster Besorgnis um das Schicksal der Arbeitnehmerschaft getragen waren, zum Ausdruck gekommen. In den Vorschlägen der Arbeitnehmergruppe wurde mehr als einmal auf die verhängnisvolle Wirkung einer nicht nach sozialen, sondern rein technischen Gesichtspunkten orientierten Rationalisierung die Unförmigkeit der Zollpolitik usw. hingewiesen. Dieses ernste Wollen der Arbeitnehmervertreter fand auf der Arbeitgeberseite kein Echo. Statt dessen nörgelte man

an der Organisation herum, bekräftigte das Verfahren, das zweifellos gewisse Schwächen aufweist, und braut daraus ein Getränk, das man der öffentlichen Meinung als „Krise der internationalen Sozialpolitik“ serviert.

Von den Übereinkommen wird in den Artikeln der Unternehmerpresse gesagt, daß sie in der Regel über das Niveau sozial hochentwickelter Staaten hinausgehen und daher auch nicht von diesen, geschweige denn von anderen sozial weniger oder wenig entwickelten Staaten ratifiziert werden können. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß sich die Übereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz in der Regel auf einer mittleren Linie bewegen, die nicht nur den sozialpolitisch fortgeschrittenen Staaten die Ratifikation ohne weiteres ermöglichen, sondern auch geeignet sind, die sozialpolitisch weniger fortgeschrittenen Staaten an die internationale Norm sozialer Fürsorge heranzuholen. Erst dadurch wird für die sozialpolitisch an der Spitze marschierenden Staaten die Voraussetzung für den weiteren sozialen Fortschritt geschaffen. Wenn ferner behauptet wird, durch die Genfer Übereinkommen sei in der Welt eine nicht endenwollende soziale Unrast geschaffen worden, so braucht in diesem Zusammenhang nur auf die 400 Ratifikationen hingewiesen zu werden, die zeigen, daß auf wichtigen Gebieten der Sozialpolitik in 32 Ländern der Welt heute schon einheitliche Maßnahmen bestehen, die zweifellos im höchsten Grade dazu beigetragen haben, die soziale Unrast auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wenn aber die Unternehmer auf das Wort von Albert Thomas hinweisen, daß das Wert der Ratifikationen noch immer unbefriedigend sei, weil es Regierungen gibt, die bei der Beratung der Übereinkommensentwürfe unter allen Umständen den demokratischen Schein wahren möchten und daher eifrig für die Übereinkommen stimmen, um dann zu Hause die Ratifikationen zu vernachlässigen, muß hier unter allen Umständen klargestellt werden.

Die Unternehmer sind hieran nicht unschuldig. Es ist rührend, wie sie sich darüber aufregen, daß in gewissen Staaten, die internationale Übereinkommen ratifiziert haben, die Durchführung mangelhaft ist. Zunächst darf hervorgehoben werden, daß solche Mängel in der Tat auf der Konferenz auf Grund der Berichte festgestellt wurden, zu denen die Regierungen gemäß Artikel 408 des Friedensvertrages verpflichtet sind. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus ist es zweifellos ein großer Fortschritt, daß es heute schon eine internationale Stelle gibt, die berechtigt ist, auf Mängel in der Gesetzgebung hinzuweisen, soweit diese nicht den Vorschriften der Übereinkommen entspricht. Es ist auch eine wertvolle Erfahrung, daß Regierungen, deren Gesetzgebung auf einer Konferenz zu Beanstandungen Anlaß gegeben hat, sich bemühen, diese Mängel bis zur nächsten Konferenz zu beseitigen, weil sie sich fürchten, erneut im Scheinwerferlicht der Internationalen Arbeitskonferenz als sozialpolitisch unzuverlässig erkannt zu werden. Im übrigen besteht die Möglichkeit, gegen Staaten, die ihre internationale Verpflichtung nicht erfüllen, gemäß Artikel 411 ff. ein Verfahren anhängig zu machen. Gemäß Artikel 409 sind auch die Unternehmer berechtigt, einen Einspruch gegen die mangelhafte Durchführung der Übereinkommen beim Internationalen Arbeitsamt einzubringen. Es steht ihnen also nichts im Wege, auch ihrerseits aktiv an der Durchführung der Übereinkommen teilzunehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stimmung der 14. Internationalen Arbeitskonferenz sehr stark unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise stand. Trotzdem konnte diese Konferenz ein Übereinkommen über die Arbeitszeit der Angestellten verabschieden, das zwar nicht einem „utopisch lodenden Bild“ ähnlich steht, sondern außerordentlich nüchtern ist und den sozialpolitisch fortgeschrittenen Ländern zweifellos (wir möchten sagen: lieber!) nicht zu weit geht. Die Konferenz konnte ferner einen Übereinkommensentwurf über die Abschaffung der Kolonialzwangsarbeit verabschieden, der deshalb für die Organisation von größter Bedeutung ist, weil sie zum erstenmal an eine die Sozialprobleme der Kolonialpolitik berührende Frage, und zwar mit Erfolg, herangegangen ist. Daß das Übereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gescheitert ist, dürfte weniger auf die Unfähigkeit der Genfer Organisation, als vielmehr auf die widerstrebende Haltung der Arbeitgebergruppe zurückzuführen sein. Jeder denkende Mensch mit Ausnahme der Unternehmer und ihrer besoldeten Schreiber ist sich darüber klar, daß die Arbeitszeit und Ueberstundenfrage, um die es schließlich auch beim Kohlenübereinkommen ging, schon in kürzester Frist in großzügiger Weise in Angriff genommen werden muß, als dies bisher geschehen ist.

Wenn die Unternehmer glauben, die von ihnen konstruierte „Krise der internationalen Sozialpolitik“ müsse eine Einschränkung der Arbeiten und des Aufgabengebiets der Internationalen Arbeitsorganisation zur Folge haben, dann sind sie sehr im Irrtum. Die organisierte Arbeiterbewegung ist davon überzeugt, daß nur eine stärkere Entwicklung der internationalen Organe geeignet ist, durch bindende Vorschriften die Mängel und Fehler der Privatwirtschaft auszumerzen, deren unnützer Aufbau und auf den Einzelvorteil gerichtetes Streben vorwiegend die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tragen. Wir dürfen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß selbst der ehemalige Reichsarbeitsminister Braun, der während seiner Amtszeit kein allzu eifriger Förderer der internationalen Sozialpolitik gewesen ist, kürzlich in einer Rede beim Verbandstag des christlichen Gewerkevereins mit Recht betonte: „Wir haben an der Förderung der internationalen Sozialpolitik das größte Interesse. Sie ist für uns eine Lebensfrage.“

Die Arbeiterschaft ist sich darüber klar, daß die Wirksamkeit der internationalen Sozialpolitik in dem Maße wachsen wird, in dem sie in den einzelnen Ländern den entscheidenden Einfluß auf die Politik erhält und in dem es gelingt, den mit großem finanziellen Aufwand herbeigeführten Einfluß der Arbeitgeberpresse auf die öffentliche Meinung zu beseitigen.

Brot geht vor Bildung!

Das ist ein kühnes Wort, das wir heute zur Ueberschrift wählten. Es muß doppelt kühn erscheinen, wenn man weiß, daß es von einem Kultusminister stammt. Und zwar hat es der preussische Kultusminister, der Sozialdemokrat Grimme, in einer Rede in Dortmund gesprochen.

Ein Bravo diesem Kultusminister! Der ist aus rechtem Holze geschnitten. Eigentlich braucht es ihn ja gar nicht zu kümmern, ob und wie das Brot für das Volk gesichert werden muß. Er ist ja nur verantwortlich dafür, daß die Bildungsmöglichkeiten für das Volk ihre rechte Förderung erfahren. Und trotzdem scheint ihm das Brot für das Volk die größere Sorge zu machen. Das ist eigentlich komisch. Und oberflächlich

Kampf gegen die Bonzen.

I.

Der Bonzentampf der politischen Gegner.

Es gab in Deutschland eine Zeit (vor rund zehn Jahren), in der „Bonzen“ zu den gefürchtetsten und umworbensten Persönlichkeiten gehörten. Damals schien der „Gewerkschaftsvertreter“, der „Vertreter“ der großen Parteiorganisationen beinahe unentbehrlich zu sein. Man zog ihn zu allen möglichen repräsentativen Veranstaltungen heran, sei es auch nur, um eine neue Badeanstalt dem Verkehr zu übergeben, oder gar eine neue Oper, ein wissenschaftliches Institut, ein Krankenhaus zu eröffnen. Kurzum, wo etwas geschah, was Anspruch auf öffentliche Geltung machte, glaubte man auf die Anwesenheit von Arbeitervertretern nicht verzichten zu können. Die „Bonzen“ traten aber damals nicht nur als Dekorationsstücke bei feierlichen Anlässen in Erscheinung. Man brauchte sie als Ratgeber und Förderer bei allen größeren öffentlichen Maßnahmen und Einrichtungen. Nicht nur die Behörden riefen sich darum, Gewerkschafts- und Parteileute, politische und gewerkschaftliche Organisationen bei der Beratung und Durchführung ihrer Pläne zu beteiligen. Auch jeder andere, der etwas auf dem Herzen hatte oder eine Idee — oft genug nur eine fixe — in sich trug, fand den Weg zu den Partei- und Gewerkschaftsbüros, zu den „Bonzen“, klünte sich dort aus und suchte Anlehnung, Hilfe und Förderung. Erfinder kamen, die ihre Erfindung „um Gottes willen nicht dem Kapitalismus“ in die Hände fallen lassen wollten. Künstler, Journalisten, Beamte, Ärzte, Anhänger aller möglichen „Wissenschaften“, wirkliche und amerikanische Professoren kamen, Volksbeglucker aller Schattierungen. Mancher kam auch nur, besonders Beamte aller Grade und Richtungen, um ein „schreiendes Unrecht“ zu melden, das ihm hier und dort — meist in seiner Karriere — zugefügt worden war. „Partei und Gewerkschaften seien doch für Gerechtigkeit, dazu seien sie doch da“, man müsse helfen.

Damals war der „Bonze“ große Mode: er sollte Hans Dampf in allen Gassen sein, sollte für alles und jedes Verständnis haben, überall forderte man sein Urteil. Er hätte eine universale Bildung haben müssen, um dieses hundertfach geforderte Verständnis auch nur zu einem kleinen Teil ausfüllen zu können. Er hätte einen Blick haben müssen zugleich für ästhetische und literarische Angelegenheiten, für bildende Kunst und Architektur, für chemische, physikalische, technische, geisteswissenschaftliche, religiöse und selbstverständlich auch für politische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen und Einrichtungen bis in die letzten Spezialprobleme hinein.

Dieser Run auf den „Bonzen“ war verständlich. Die Partei- und Gewerkschaftsführer, die Funktionäre und Leiter selbst kleinster Ortsvereine und Zahlstellen repräsentierten die Masse, sie hatten die Arbeitnehmerschaft hinter sich. Ihre Besucher aber hatten keine oder nur sehr primitive Vorstellungen vom Wesen der Arbeiterbewegung. Nach ihrer Ansicht brauchte der „Bonze“ nur eine bestimmte Flöte zu blasen und die Massen schwenkten prompt — preußisch diszipliniert — in die von ihm befohlene Richtung ein.

Mittlerweile stellte sich der Irrtum heraus: Der „Bonze“ hatte nicht „Verständnis“ für jeden Plan und jede neue Idee, die man ihm unterbreitete, er war kein Mädchen für alles, und

war kein Kompagnieführer, der seine Truppe nach Kommando in Bewegung setzen konnte und wollte. Er begann auch sehr bald viele seiner Besucher nicht zu empfangen, schloß seine Tür, um zu arbeiten.

Dieselben „Bonzen“ werden jetzt aber von allen mißgünstigen Spießhern, von literarischen und politischen Konjunkturhelden schmählich angegriffen und moralisch und politisch tadelgeschlagen. Einstmals war man glücklich und geehrt, sie sprechen und sich mit ihnen zeigen zu dürfen, und heute kommt die Silbe der „Bonzen“ noch hinter den Autodieben.

Woher kommt das Wort „Bonze“ eigentlich und welcher Sinn wird ihm unterlegt? Jemandem katholischer Heiliger soll es einmal in bezug auf die buddhistischen Priester gesagt und in die Literatur eingeführt haben. Heute aber ist es gut genug, um jeden Arbeiterfunktionär und -führer, insbesondere die Angestellten der Arbeiterbewegung, damit verdrückt zu machen.

Es gibt eine Anwendung dieses Ausdrucks, die nicht verächtlich oder herabsetzend gemeint ist und mehr einen harmlosen freundschaftlichen Spott darstellt. Nämlich, wenn ein organisierter Arbeiter seinen Verbandsangestellten gelegentlich einmal auf diese Art kollegial begrüßt. Darin liegt dann keine Spur von Gehässigkeit oder feindseliger Animosität. Es ist soviel wie ein freundschaftlicher Klaps: „Na, wie gehts?“

Anders, giftiger, klingt es schon, wenn in Gewerkschaftsversammlungen eine wohlorganisierte und parteipolitisch inspirierte „Opposition“ die persönliche Berunglimpfung der Führer und Funktionäre zu einem Mittel erhebt, ihre Ansichten durchzusetzen, und den Ausdruck „Bonze“ als Schimpfwort gebraucht. Es ist kennzeichnend für diese Art „Opposition“, die allerdings heute in den Gewerkschaften nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielt, daß dieser Kampf gegen die „Bonzen“ von Personen geführt wird, die — wenn man das Wort, so wie es geläufig ist, schlechthin auf alle Gewerkschafts- und Parteiangestellte münzt — selbst auch nichts anderes sind, als eben „Bonzen“, die von Arbeitergroßen leben.

Auf der gleichen Ebene bewegt sich der „Bonzenkrieg“, den neben den Kommunisten, Nationalsozialisten, Völkischen und Gelben auch einige Unternehmerzeitungen, wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, führen. Das sind Zeitungen, die selbst Unternehmer oft genug als ihre „rote Fahne“ bezeichnen haben. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sind für alle diese Parteien, Gruppen und Zeitungen leider unüberwindliche Gegner und die stärksten Bollwerke gegen die eigene Ausbreitung. Da ihre sachlichen Argumente nicht ausreichen, um die Arbeitermassen von diesen großen klassenmäßigen Organisationen zu lösen, glauben sie, mit persönlicher Berunglimpfung und Achtung der Führer schneller und besser zum Ziele zu kommen. Das Schimpfwort „Bonze“ wird also zu einem politischen Kampfmittel erhoben, ohne deshalb zugleich eine saubere politische Waffe zu werden.

Einen mehr oder weniger schmierigen Feldzug gegen die „Bonzen“ führen aber auch allerlei literarische — manchmal sind es auch nur verachtete oder „unverständene“ literarische Exzentrizitäten, die nur von ihrem Schreibtisch aus mit spitzer Feder Politik machen. Alle politischen Farben befinden sich darunter, vom edelkommunistischen Hellrot bis zum hitlerbraun oder pensioniertem, gallüstigtem Beamtengelb. Oft genug ist dieser „literarische“ Titanentamp gegen die „Bonzen“ nichts als die Nachwirkung einer ehemaligen sehr heftigen Liebe zur Arbeiterbewe-

gung, die unerwidert blieb und nun, wie so oft, in grellen Haß umgeschlagen ist. Politisch-literarisch ist auch der Bonzenhaß der „Weltbühne“ und ihrer nächsten Mitarbeiter unter Führung von Kurt Tucholski (Theobald Tiger, Peter Panter, Ignaz Wrobel, Kaspar Hauser). Aber auch dadurch wird die gehässige persönliche Berunglimpfung der Führer und Funktionäre der Arbeiterbewegung nicht zu einer anständigen politischen Waffe, weil ihr ein Schriftsteller von einem solchen künstlerischen und geistigen Rang wie Tucholski seine Reiseschreibmaschine zur Verfügung stellt.

Ekelhaft ist es aber, das Wesen und das Niveau des Bonzen-geschwäges ganz klar kennzeichnend, wenn irgendein Pseudonym, das — wie die Bauchbinde seines Buches besagt — „zehn Jahre rührig im politischen Lager wirkte“, in einem 300 Seiten dicken Roman den Aufstieg des „Unter“-Menschen — aba! — zum-menschenphantasiert und dreckselig „Bonzen“-Typen zeichnet, wie sie nur ein Hirn ausdenken kann, das vom Haß geblendet ist, dem aber jede wirkliche innere Kenntnis der Arbeiterbewegung abgeht. Hat Kurt Tucholski bei allen seinen Seitenhieben gegen die „Bonzen“ noch immer Geist, Witz und Schmieß, so ist dieser „Roman“ eine künstlerisch unterwertige Leistung.

Auf der Seite der Unternehmer sind es höchstens kleinbürgerliche Handwerker und Händler deutschnationaler oder wirtschaftsparteilicher Färbung, die, selbst politisch und wirtschaftlich unbedeutend, eine Wut auf die viel stärkere Arbeiterbewegung haben und das Schimpfwort „Bonze“ hin und wieder als Klein-gedäch dieser Wut produzieren. Die großen Unternehmerverbände — die eigentlichen und natürlichen Gegenspieler der Arbeiterbewegung — führen sicherlich keinen sehr rücksichtsvollen Krieg. Sie sehen alle ihre wirtschaftlichen, politischen und geistigen Machtmittel ein, um die Stellung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu schwächen und zu zerstören. Sie überschreiten dabei auch oft genug die Grenze des „fair play“, aber bis zur „Bonzenreferei“ haben sie es noch nicht gebracht, wahrscheinlich deshalb nicht, weil ihre Macht und ihre sachlichen Argumente noch hinreichen, um nicht unbedingt auf das Niveau der persönlichen Beschmutzung und Infamierung des Gegners hinabzusinken.

Geht man also dem Schall nach, um festzustellen, in welchen Bezirken das Wort „Bonze“ am lautesten geschrien wird, so findet man seine Rufer fast ausnahmslos bei den politischen Richtungen, die zum Nachkriegsdeutschland in „grundfächtiger“ und „revolutionärer“ Opposition stehen. Da sind zugleich die Parteien und Gruppen, deren Anhängerschaft sich vornehmlich aus der aller Aufstiegsmöglichkeiten beraubten Jugend des verfallenden alten Mittelstandes oder politisch indifferenten und ungeschulten Kreisen proletarischer Jugend rekrutieren. Das sind die Nationalsozialistische und Kommunistische Partei mit ihren militärischen Anhängern. Dazu kommen noch die kleinen sogenannten wirtschaftsfriedlichen, gelben Arbeiter- und Werkvereine, deren Mitgliedschaft sich zum Teil mit der der nationalsozialistischen Verbände überschneidet. Bei den kleinstädtischen Handwerkern und Geschäftsleuten klingen die Kassandrarufe über die „Bonzen“ schon schwächer und nicht gebärdlich sind sie bei den eigentlichen Unternehmerverbänden, mit Ausnahme der beiden schon genannten Unternehmerzeitungen.

Diese Abstufungen sind verständlich und erklären zugleich die Hintergründe des Kreuzzuges gegen die „Bonzen“. Im Kampfe der Unternehmerorganisationen und der ihnen verwandten poli-

Eine Sitzung des Exekutivkomitees

gewertet könnte einem der Gedante kommen, daß sich der Mann besser zum Ernährungsminister eignet als zum Bildungsminister.

Aber nein, nein, nein! Der Mann steht an der rechten Stelle. Er ist mit der hier gezeichneten Auffassung leuchtendes Vorbild für wahre Menschenbildung. Und wer sich nicht rückhaltlos zu dieser seiner Auffassung bekennt, ist ein Barbar.

Man sagt dem Deutschen ja allgemein nach, daß er ein Barbar sei. Der preussische Kultusminister ist bestimmt keiner. Schade, daß wir so wenige Minister dieser Art haben.

Wie? Ob die andern alle Barbaren seien? Die Frage ist verhänglich im Zeitalter des Republikstufgesetzes. Aber soviel darf man wohl verraten, daß nicht alle Minister im deutschen Reichsgebiet die gleiche Kulturauffassung besitzen wie Kultusminister Grimme.

Ansonsten hätte man das in ähnlichen Ausprüchen schon registrieren können. Wieso das bei andern Ministern möglich wäre?

Nun, der Arbeitsminister hätte zu seiner Devise wählen müssen: Brot geht vor Profit! Dann dürfte er natürlich keine Löhne senken. Er dürfte auch nicht die Sozialversicherung verschlechtern.

Der Wehrminister aber hätte nach dem Grundsatz zu handeln: Brot geht vor Soldatenspiel! Er dürfte dann natürlich keine Panzerkreuzer bauen. Er müßte auch ein paar Duzend Millionen aus seinem Etat an den staatlichen Fürsorgeeinst abtreten usw.

Aber, wie gesagt: Arbeitsminister, Wehrminister usw. sind ja auch keine Bildungsminister. Trotzdem aber sollte jegliche Regierungspolitik einer bestimmten Kulturmaschine untergeordnet bleiben. Die Maschine von Grimme dürfte hier in kleiner Umwandlung für alle grundlegend werden können, und zwar in der Form: Brot geht vor allem!

Je eher man das begreifen wird, desto eher sind wir über alle politischen Krisengefahren hinweg.

Um das deutsche Miet- und Wohnrecht der Zukunft.

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Erörterungen auf dem Mietertag des Reichsbundes deutscher Mieter am 5. und 6. Juli d. J. in Braunschweig. Der künftigen Gestaltung des Miet- und Wohnrechts kommt auch eine besondere Bedeutung zu, denn rund 90 Prozent der Gesamtbevölkerung wohnen zur Miete und fast eine Million Familien in Deutschland besitzen keine eigene Wohnung. Die großen politischen Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei, hatten zu der Tagung Vertreter entsandt. Sogar die Deutsche nationale Volkspartei zeigte plötzlich Interesse für den Mieterschutz; ob im positiven oder negativen Sinne, wurde allerdings von ihrem Vertreter nicht verraten. Jedoch ist die Haltung der Deutschen nationalen wie auch der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei in diesen Fragen ja hinreichend bekannt.

Neben den drei Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften waren auf der Mietertagung diesmal auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften vertreten. Für die braunschweigische Regierung war der Minister Jasper und für die Stadt Braunschweig der Oberbürgermeister Böhm, beide Mitglieder der SPD. und des Reichsbundes deutscher Mieter, erschienen.

In der öffentlichen Tagung am 6. Juli, die im alten Rathaus der Stadt Braunschweig stattfand, sprach Senatspräsident Freymuth über: „Das deutsche Mietrecht

land, Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland.

Die Konferenz begann mit dem Ausdruck herzlichen Beileids anlässlich des plötzlichen Todes von Richardson, des Kassierers der Internationale, sowie des Unglücks in Neurode. An Stelle Richardsons wurde Cool bestimmt, die Kassengeschäfte der Internationale zu führen. Für Richardson tritt D. Edwards, seit langem führend in der Organisation von Northumberland, Mitglied des englischen Parlaments und seit kurzem Vizepräsident des Verbandes, in das Komitee ein.

Die Mitteilung, daß sich unter den Polen verhafteten Parlamentariern auch Kamerad Staneczyl befindet, rief lebhaften Entrüstung hervor. Das Komitee nahm eine Entschließung an, die gegen die Verhaftung protestiert, die Stanzyl verhinderte, an Beratungen teilzunehmen, die wichtige wirtschaftliche Fragen des Kohlenbergbaues betreffen.

Mit der Vertretung der Internationale bei der Generalversammlung des tschechischen Verbandes wird Kamerad Schmidt beauftragt.

An dem internationalen Kongreß der Steinarbeiter, der u. a. auch die Frage der Stilllose behandelt, wird Kamerad Wigné als Vertreter der Internationale teilnehmen.

Das Protokoll der letzten Sitzungen des Komitees in Krakau wird genehmigt.

An die zweite Kommission des Völkerbundes, die in Genf die Wirtschaftsfragen behandelt, soll ein Schreiben mit Erinnerung an die Krakauer Resolution gefandt und die Mitglieder der Kommission Graham und Breitscheid ersucht werden, in dieser Kohlenfrage den Standpunkt der Internationale zu vertreten.

Die Beratungen über die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit und die internatio-

nale Regelung der Kohlenproduktion nahm den größten Teil der Zeit ein.

Am den englischen Handelsminister Graham richtete die Konferenz einen Brief, in dem er als Mitglied der zweiten Kommission ersucht wurde, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Frage des internationalen Kohlenproblems vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes so bald als möglich nochmals erörtert wird. U. a. wird in dem Schreiben auf den Beschluß der Völkerbundsversammlung vom September 1929 hingewiesen, der den Völkerbundsrat aufforderte, die Vorschläge der Sachverständigenkonferenz zu berücksichtigen. Der Krakauer internationale Bergarbeiterkongreß habe in einer Entschließung gegen dieses Verjagen des Völkerbundes bereits protestiert und seine Forderungen erneuert. Bis her sei ein Protest aber ohne Erfolg geblieben. Eine gleiche Mitteilung an den deutschen Delegierten Breitscheid dürfte überholt sein, da nach Pressemeldungen Breitscheid aus der zweiten Kommission ausgetreten ist.

Ueber die Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergbau wurde nach sehr eingehender Beratung folgende Entschließung angenommen: „Die Konferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Genfer Arbeitskonferenz vom letzten Juni den Konventionensentwurf bezüglich der Arbeitszeit im Kohlenbergbau abgelehnt hat. Sie erneuert energisch die Forderung, daß diese in der Konferenz von 1931 endgültig gelöst wird. Wenn das nicht geschieht, dann wird das Vertrauen der Grubenarbeiter in den seither zum Ausdruck gebrachten Wunsch des Völkerbundes, die ungerechten Arbeitsbedingungen des Bergbauproletariats zu mildern, ersichtlich erschüttert werden.“

Die nächste Sitzung des Internationalen Komitees wird am 8. Dezember in Berlin stattfinden.

der Zukunft“. Er verwies auf das modernere Anschauungen Rechnung tragende Arbeitsrecht und forderte, daß im künftigen sozialen Wohn- und Mietrecht die gleiche Auffassung gelten müsse. Die dem Bürgerlichen Gesetzbuch zugrunde liegende Rechtsauffassung, daß es sich bei Abschlüssen über Miet- und Wohnverhältnisse um zwei gleich starke Vertragsparteien handele, sei überholt. Unbestritten wäre früher und in noch stärkerem Maße heute der Mieter dem Vermieter gegenüber der wirtschaftlich Schwächere und bedürfe daher eines besonderen Schutzes. Bindungen, wie sie das Arbeitsrecht für notwendig erachtet, um den Arbeitnehmer vor der Willkür des Unternehmers zu schützen, müssen auch in das künftige soziale Mietrecht zum Schutze der Mieter gegenüber der wirtschaftlichen Überlegenheit des Vermieters eingebaut werden.

In der geschlossenen Tagung am Nachmittag wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die auf dem Reichsmietertag des Reichsbundes deutscher Mieter e. B. vom 2. bis 6. Juli 1930 in Braunschweig versammelten Vertreter erheben schärfsten Protest dagegen, daß Reichs- und Mieterschutzgesetz entgegen dem einmütigen Beschluß der Reichsregierung und des Reichsrates vom Reichstag nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden sind.“

Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gesetzesvorträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei auf Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung. Der Reichsmietertag fordert:

1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung unter Beseitigung der von den Ländern, insbesondere vom Freistaat Thüringen vorgenommenen Lockerungen.
2. Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Mieter aller Neubauwohnungen und derjenigen Räume, die der Mieterschutzgesetzgebung nicht unterliegen, durch alsbaldige Einführung eines sozialen Miet- und Wohnrechts.
3. Umwandlung der vom Reichstag im Dezember 1929 angenommenen „Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen“ in für alle Länder und Gemeinden zwingende Bestimmungen.
4. Umgehende Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes.
5. Restlose Verwendung der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau.
6. Dauernde Erfassung des Geldwertwertungsgewinnes und des unverdienten Wertzuwachses des Hausbesitzes.
7. Ablehnung jeder weiteren Mieterhöhung, insbesondere auch zum Zwecke der Abwälzung erhöhter Zinslasten, Steuern und Gebühren auf die Mieter.
8. Herabsetzung des Mietzinses in Verbindung mit dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten allgemeinen Preisabbau.

Der Reichsmietertag fordert erneut mit aller Dringlichkeit eine ständige Vertretung der Mieterschaft im Reichswirtschaftsrat durch vom Reichsbund deutscher Mieter e. B. zu benennende Vertreter.“

tischen Parteien gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie entscheiden noch immer wirkliche politische Macht- und Druckmittel, natürlich unter Ausnutzung des wirtschaftlichen Terrains und des finanziellen Atems. Persönliche Herabwürdigungen und Beleidigungen des Gegners sind hierbei belanglos. Anders liegt das bei den jungen radikal-politischen Gruppen und den gelben Vereinen. Soweit sie sich nicht gegenseitig blutig bekämpfen, laufen alle ihre Anstrengungen auf ein und dasselbe Ziel hinaus, nämlich die proletarische Masse um ihre eigene jeweilige Fahne zu scharen und von den großen Klassenorganisationen abzugrenzen. Sie müssen sich der Massen erst bemächtigen, die heute allein bei den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu finden sind. Das geht aber nur, indem man das Vertrauen zu diesen alten Organisationen untergräbt und deren Kampfwillen und Kampfkraft in Zweifel zieht. Das Vertrauen in das Prinzip der Organisation oder gar die Organisationen selbst kann man nicht totschlagen. Zudem sind sie volle Machtinstrumente. Deshalb müssen sie „erobert“ werden. Erobern kann man sie wiederum nur, wenn man die Führer beseitigt, wenn man eine Meuterei der Truppen gegen diese Führer anzetteln kann.

Zu diesem Zwecke mußte ein „Bonzentyp“ konstruiert werden, den es — wie alle Prototypen — in Reinkultur gar nicht gibt, weil er aus einer Zusammenfassung und Verallgemeinerung aller Schwächen, Unzulänglichkeiten und Charakterfehler gemontet wird, die jemals bei einzelnen Vertretern dieser Gattung entdeckt wurden.

Der Kampf gegen diesen „Bonzentyp“ ist also gar nicht das, als was er erscheinen möchte, etwa ein Sturm politisch reiner Jünglinge mit weißen Westen gegen die Tyrannei einer moralisch verkommenen Führerclique, er ist nichts anderes als ein Kampf um die Gefolgschaft. Man glaubt dabei Götter enthronen zu müssen, die — und das ist das Loch in der Rechnung — die Masse niemals als „Götter“ empfunden hat und zu empfinden braucht. Man glaubt einer Führerschaft das Wasser abgraben zu müssen, der — zum Glück für die Arbeiterbewegung — die Arbeiter selbst von jeher kriechend und alles andere denn „ehrfurchtsvoll“ gegenübergestanden haben.

Die Stimmen im eigenen Lager.

Nun gibt es zwischen den aus feindlichem Lager dringenden Stimmen gegen „Bonzen“ und „Bonzenwirtschaft“ auch solche, die im eigenen Hause laut werden. Zu einem Teil mögen sie der von den Gegnern gewünschte und beabsichtigte Widerhall sein, also ein Erfolg ihrer Propaganda. Soweit sie nicht auf dieses Konto zu setzen sind, haben sie Anspruch auf Beachtung und Untersuchung. Fast ausnahmslos kommen diese Stimmen aus der Jugendbewegung. Man soll sie nicht mit einem Achselzucken abtun und sie väterlich mit dem heftigeren Temperament der Jugend entschuldigen oder als gestrenger Präzeptor mit dem Bafel dreinschlagen und die unbotmäßigen Jünglinge zur Reife zu bringen versuchen. Beides wäre verfehlt. Die Führer der Jugend von heute sind morgen die Führer der Gewerkschaften oder der Partei. Es ist schon nötig, den Grund zu jagen, aus dem dieser „Bonzen“ Krieg der Jugend oder wenigstens eines Teiles der Jugend entspringt.

Und dieser Grund liegt gar nicht unmittelbar auf der Ebene der Politik. Hier mögen es wohl hauptsächlich Temperamentsunterschiede sein, die sich im Selbstgespräch „Bonze“ auflösen und

die weniger tiefgehend sind. Die Mahnungen und Warnungen der Jugend gegen die Bonzen ertönen um so heftiger und lauter, je weiter die Art der Lebensgestaltung der durch die Jugendbewegung gegangenen jüngeren Generation von dem Lebensstil der in den letzten vier Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts geborenen alten Generationen abweicht. Diese Jugend ist in viel höherem Maße als jemals die alte Führergeneration von ganz bestimmten Prinzipien einer neuen, andersartigen Lebensgestaltung erfüllt. Sie trägt ein ganz anderes Idealbild des modernen Proletariats in sich als ihre Väter. Es ist strenger in seinen Zügen, vielleicht puritanischer. Diese Jugend versteht unter einem kulturellen Leben etwas ganz anderes als die Alten. Sie hat andere Auffassungen von Geselligkeit und menschlichem Zusammenleben auch im privaten Dasein. Ist die ältere Generation noch stark individualistisch in ihrem Denken und Dasein, so hat die Jugend die Idee der Gemeinlichkeit auf ihr Schild erhoben. Es ist für die 40- bis 60jährigen schwer, fast unmöglich, sich diese Vorstellungen der Jungen völlig klar zu machen, geschweige denn zu bejahen. Umgekehrt ist es genau so. Die Jugend kann die Alten nicht begreifen. Zu diesen Verschiedenheiten lebensanschaulicher und lebensgestaltender Art kommen, wie erwähnt, noch solche des Temperaments. Die Jugend wird deshalb leicht geneigt sein, die Alten als verbürgerlicht, fatt geworden und abgekämpft zu betrachten, wogegen diese ihren Mangel an Verständnis auf die Formel bringen: „Grüne Jungens“.

Es ist selbstverständlich und nicht zu verhindern, daß diese Gegensätze sich auch innerhalb des gewerkschaftlichen und parteilichen Lebens bemerkbar machen und zu Differenzen führen. Daß sich dann dabei Alte auf die Seite der Jungen schlagen, aber auch Junge sich den Alten annähern, ergibt sich von selbst.

Kompliziert werden die Gegensätze durch den Hang der Jugend, die für „richtig“ erkannten Auffassungen sehr scharf und rücksichtslos zu vertreten, jederzeit zu betonen und zum allgemeinen Gesetz zu erheben. Die Jugend ist stets viel doktrinärier als die Alten, denen sie deshalb ja auch oft und gerne „Grundlosigkeit“ vorwirft. Formuliert aber die Jugend ihre Forderungen und Doktrinen — in diesem Falle an die Alten und damit zugleich auch an die Führer —, so sind diese Forderungen sehr oft so verschwommen, daß sie leicht angreifbar sind und deshalb statt zu einigen, die Differenzen noch vertiefen. Ein Musterbeispiel von Verschwommenheit und Unklarheit sind z. B. die Forderungen, die in der Juninummer der „Jungsozialistischen Blätter“ Edward Kempf an die „Bonzen“ richtet:

„Die geeignetsten Normen sozialistischen Verhaltens wird immer derjenige sozialistische Führer in die Tat umsetzen, der sich die Sympathie und das Vertrauen der Geführten erwirbt. Charaktere braucht die Arbeiterklasse, Führer sind notwendig, die im Innersten von der Verpflichtung zum Kampf für das Proletariat erfüllt, die mit den Aufgaben und Ideen der Arbeiterklasse ver wachsen sind.“

So schön sich das anhört: Sympathie und Vertrauen der Geführten kann auch ein gewissenloser Demagoge gewinnen, wenn er es nur geschickt genug anstellt. Das Bewußtsein der Verpflichtung zum Kampf für das Proletariat wird jeder Führer für sich in Anspruch nehmen und meist wohl sogar auch durch eine jahrzehntelange und öffentliche Tätigkeit bekräftigen

können. Ueber die Aufgaben und die Ideen der Arbeiterschaft, sowohl über grundsätzliche und faktische, kann man geteilter Meinung sein. Alle diese Einwände können gemacht werden, wenn Forderungen an die Persönlichkeit so unklar formuliert werden, wie in diesem Falle.

Nun können sehr wohl die charakterlichen und geistigen Qualitäten, die von einem heutigen Arbeiterführer verlangt werden, einer Untersuchung und Aussprache unterzogen werden. Es wäre Unsin, behaupten zu wollen, daß die gegenwärtige Führerschaft in allen ihren einzelnen Vertretern durchaus dem Muster eines Arbeiterführers entspricht. Nur muß man bei der Formulierung von Forderungen an diese Führer mit Maßstäben messen, die dem Zwecke und dem „Material“ gerecht werden.

Ein Fabrikgebäude aus den siebziger oder achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist nach unseren heutigen Begriffen alles andere als schön oder vorbildlich. Würden wir es heute bauen, bekäme es sicherlich einen anderen Grundriß und eine andere Fassade. Deshalb kann es aber — sofern seine innere Ausstattung mit der technischen Entwicklung Schritt gehalten hat, noch durchaus zweckentsprechend, rentabel und keineswegs abriebsreif sein. Ein Mensch, der in diesen Jahren „wurde“, Führer wurde, braucht auch nicht mehr — besonders der Jugend nicht mehr — in seinem äußeren Bilde als vorbildlich zu erscheinen. Ob er unbrauchbar geworden ist, entscheidet sich aber daran, ob er seinen Zweck noch erfüllt, d. h. hier, ob er noch immer die Massen führen, hinter sich bringen und ihre Interessen mit Erfolg vertreten kann, ob er mit der Entwicklung mitgegangen ist.

Wer als Kritiker Forderungen an die geistige Gestalt der Führer aufstellt, muß sich überdies auch vor einer Fehlerquelle hüten: Wenn er Divergenzen zwischen Masse und Führer glaubt feststellen zu können, so soll er doppelt scharf prüfen, ob das Bild der Masse, von dem er ausgeht, auch der Wirklichkeit entspricht. Man ist immer leicht geneigt, diese Masse mit seinem eigenen Fühlen und Denken, seinem eigenen Bilde gleichzusetzen. Ein begeisterter Anhänger, z. B. der Abstinenzbewegung, könnte leicht auf die Idee kommen, ein vorbildlicher Arbeiterführer müsse ebenfalls ein geschworener Alkoholgegner sein. Ob aber ein rein alkoholfeindliches Abstinenzentum überall laut und beharrlich betonender Führer dadurch oder trotzdem stets bei der Masse tiefen Eindruck machen, von ihr als vorbildlich empfunden werden würde, ist sehr fraglich. Ebenso braucht ein für fortschrittliche Teile der Jugend sehr wertvoller Führerideal noch lange nicht auch für andere — an Jahren ältere — Teile der Arbeitermasse entsprechend und erfolgreich zu sein. Das Vertrauen der Masse gewinnt der am nachhaltigsten, der ihren Wünschen und ihrem Wesen den treffendsten Ausdruck gibt, weil er diese Wünsche selbst zutiefst empfindet und weil er ihrem Wesen nahe verwandt ist. Hat er dieses Vertrauen errungen, so wird er es behalten, auch wenn er einmal „abtafen“, das Signal zum Zurückgehen oder zum Abstoppen einer Aktion geben muß. Die Disziplin, ohne die ein Fortschritt im Kampfe der Arbeiterklasse nicht denkbar ist, weil nur die organisierte, also disziplinierte Aktion dauernde Erfolge verbirgt, gründet sich viel mehr auf das Vertrauen der Geführten in dem Führer, als auf verstandesmäßige Einsicht in die taktischen Bedingungen eines Kampfes. Zudem können solche Einblicke gar nicht in jeder Situation gemacht werden, weil dadurch auch dem Gegner Einsicht in die Verhältnisse der eigenen Front gestattet werden würden, die den Erfolg einer Bewegung in Frage stellen. (Fortf. folgt.)

HAUS UND LEBEN

Arbeit und Schule.

In Braunschweig, wo wir neben Hamburg die fortschrittlichste Schulverwaltung in Deutschland haben, beschäftigt man sich mit einer völligen Neugestaltung des Volksschulwesens. Hier sind entschiedene Schulreformer tätig, und die Reformen, die man da zu schaffen gedenkt, geschehen im Einverständnis mit der Volksschullehrerschaft.

Eine der wesentlichen Änderungen, die man zugleich mit der Neugestaltung der Volksschule plant, ist die Verlängerung der Schulzeit, ein Gedanke, der auch in der Gewerkschaftsbewegung zur Diskussion gestanden hat. Allerdings plant man in Braunschweig eine Verlängerung der Schulzeit um zwei Jahre. Das bedeutet natürlich, mit der einschneidenden Bedeutung für die öffentlichen Mittel auch eine starke Belastung vieler wirtschaftlich schwacher Familien, und darum ist man sich in Braunschweig auch der Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Unterrichtsmittel, der Schulgeldfreiheit und des Ausbaues der Erziehungsbeihilfen bewußt.

Was eine Verlängerung der Schulzeit für das Wirtschaftsleben bedeutet, zeigt eine Zahl, die man für das Jahr 1928 errechnet hat. Danach hält nur ein Schuljahr mehr, ein neuntes Schuljahr, dem Arbeitsmarkte 1 317 309 Vierzehnjährige fern, worin die Verbindung solcher Reform mit dem Arbeitslosenproblem klar zum Ausdruck kommt.

Bedeutungsvoll ist aber bei einer Verlängerung der Schulzeit auch die Frage der geistigen Reife der Jugend, über die man auf Grund neuer Untersuchungen vielfach andere Auffassungen als früher hat. Besonders lehrreich sind in der Beziehung Erhebungen, die man an Tausenden von Schülern und Berufsschülern in Leipzig machte. Nach den Angaben, die Ch. Bühler vom Psychologischen Institut in Wien in der „Erziehung“ hierüber macht, ist der Zeitpunkt, in dem die Jugendlichen am besten fähig sind, an Beruf und Arbeit heranzutreten, das 16. Lebensjahr. Während alle Neuerungen der 12- bis 15jährigen, so heißt es da, eine unzulängliche Einstellung zum Berufe zeigen, ist die Stellungnahme der 16jährigen lebensnah und verantwortungsbewußt. Demnach ist die Herausführung des Schulalters ein Problem, das unsere starke Aufmerksamkeit verdient.

Dieses kritische Alter der 15- und 16jährigen hat aber auch eine große Bedeutung für die, die noch weiter zur Schule gehen. Man hat bei jungen Menschen von 17 bis 20 Jahren, die noch den theoretischen Unterricht einer Schule besuchen, festgestellt, daß bei ihnen dieser Sinn für das Lebensnahe gelitten hat und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Leben zu verkümmern begann. Das Alter von 15 und 16 Jahren scheint demnach das Alter zu sein, das zu praktischer Beschäftigung mit dem Leben zwingt. „Die praktische Energie“ kann dann nur in der Vorbereitung auf das Leben gestärkt werden. Das zeigt, daß unser ganzes Schulwesen einer Umgestaltung bedarf. Es geht nicht ohne das Praktische, das Schaffen, einen Werkunterricht, in dem sich auch das Theoretische der Schule zu erproben und zu bewähren hat.

Aus diesem Verkümmern des Sinnes für das Lebensnahe durch die Schule in diesen wichtigen Jahren kommt es vielleicht, daß die Intellektuellen so wenig Verständnis haben für die praktisch-sozialen Notwendigkeiten und die Aufgaben einer wirtschaftlich-sozialen Gestaltung. Die Schule muß von Grund auf eingestellt auf das Leben sein, daß die Menschen beruht wie auch als soziale Glieder des Volkes ihre Aufgabe erfüllen können.

Darum hat die Gewerkschaftsbewegung das größte Interesse an einer modernen, psychologisch und wirtschaftlich richtigen Gestaltung unserer Schule, deren Reformbestrebungen mit der sittlichen Erziehung auch dem Arbeitsgedanken zu diesen haben, da er der praktische Kernpunkt des Zusammenlebens ist.

Die Reise um die Erde in einem Tag.

Die Luftlinie der Zukunft.

Jede Utopie von gestern ist eine Wirklichkeit von heute. Jede Utopie von heute ist eine Wirklichkeit von morgen. Jules Verne war kein Phantast. Er war ein Prophet. Was er fabulierte, trug realisierbare Möglichkeiten in sich. Die moderne Physik hat das bewiesen. Ja, sie hat manche der Fabeln des hehrlichen Franzosen nicht nur wahr gemacht, sondern übertroffen.

Für Jules Verne war es noch etwas Außerordentliches, die Reise um die Erde in 80 Tagen zu vollbringen. Er hielt das für einen kaum zu überbietenden Rekord. Heute braucht man zu einer Reise um die Erde — wenn man sie im „Zeppelin“ zurücklegt — ein paar Wochen. In Zukunft wird man einen Tag dazu brauchen und vielleicht noch weniger als einen Tag. Man wird im Flugzeug reisen und einen ganz neuen Weg wählen: den Weg durch die Stratosphäre. Das ist die Sphäre, die oberhalb der Aura der Erde besteht, die Schicht, in der es keinen Widerstand der Luft gibt und in der darum das Flugzeug sozusagen mit der Geschwindigkeit eines Gestirnes dahinfliegen kann.

Aeronautische Fachleute erklären, daß es schon heute möglich wäre, ein Flugzeug zu bauen, das ohne Verwendung von Raketen oder sonstiger Antriebsmittel zu einer Höhe von etwa 18 000 Metern und vielleicht noch höher aufzusteigen vermöchte. (Die höchste Höhe, die bisher im Flugzeug erreicht wurde, betrug etwa 14 000 Meter.) Ja, man spricht davon, daß eine deutsche Aeroplanwerft den Bau von Flugzeugen beabsichtigt, in denen sich Passagierkabinen mit künstlichem Sauerstoff befinden werden, denn die Luftschiffahrt in der Stratosphäre ist ja vor allem eine Frage des künstlichen Sauerstoffes.

Wir leben in der sogenannten Troposphäre, auf dem Grunde des Luftmeeres, das als gewaltiger Gürtel unseren Planeten umgibt. Die Höhe dieses Gürtels nehmen wir mit etwa 12- bis 14 000 Metern an. Es ist ja bekannt, daß die Luft immer dünner wird, je höher wir in ihr hinaufgelangen, auch sind die höheren Schichten immer kälter. Wir wissen, daß die Gipfel der hohen Gebirge mit ewigem Schnee bedeckt sind. Der Pilot nun, der die Troposphäre verlassen will, um die Stratosphäre zu erreichen, wird in einer Höhe von über 11 000 Metern eifrige Brisen von minus 60 bis 70 Grad zu durchfahren haben. Gelangt er steigend bis zu einer Höhe von etwa 14 000 Metern, so hat er eine Region erreicht, die wärmer, die angenehmer geworden ist. Wolken und Stürme sind dort nicht mehr. Er hat sie unter sich gelassen. Dort ist Sonnenschein, greller Sonnenschein. Das große Gestirn hängt an einem schwärzlich-blauen Himmel und alle Sterne sind auch am Tage sichtbar. Der Pilot hat die Stratosphäre erreicht, die Region der Stille. Er mag jetzt 18 000 Meter über der Erde sein. Vermag er in solcher Höhe zu verbleiben, kann er sich und den Motor mit Sauerstoff versorgen,

mit Atmungsstoff, dann sind ungeahnte Fluggeschwindigkeiten zu erreichen, dann sind älteste Märchen verwirklicht, dann ist Faustens Zaubertrank unser.

Es sollen in jener Stratosphäre, wie man durch Registrierballons feststellte, sanfte Strömungen von großer Schnelligkeit bestehen. Die Ostströmung, die über dem Äquator in einer Höhe von 12- bis 16 000 Metern hinläuft, könnte, von einem Flugzeug ausgenützt, die Fahrtgeschwindigkeit dieses Flugzeuges auf seiner Reise von Europa nach Amerika um etwa 60 Meilen oder 100 Kilometer in der Stunde erhöhen. Oberhalb dieser Ostströmung würde eine Westströmung beobachtet. Diese wieder könnte auf der Fahrt Amerika-Europa ausgenützt werden. Kurz, die Luftlinien der Zukunft werden, wenn man erst die Strömungsverhältnisse in der widerstandslosen Stratosphäre genauer kennt, unter Berücksichtigung dieser Strömungen eingerichtet werden.

Was uns also im Augenblick als Jules-Verniade erscheint, wird vielleicht schon im nächsten Jahrzehnt vollendete Tatsache sein. Zum Raum wird die Zeit, die Zeit zum Raum. Und die Relativität all unserer Erkenntnisse und physikalischen Gesetze wird sich aufs neue erweisen. Max Hayek.

Mir ist etwas ins Auge geflogen.

Mit diesem Schreckensruf lehnt sich der Knabe aus dem Fenster des Eisenbahnzuges zurück ins Abteil. Man schart sich besorgt um den kleinen Reisenden, der bis vor wenigen Minuten noch für alle der „Anfänger“ war. Jetzt sitzt er still und traurig da, reißt das Auge mit den Fingern, drückt das Taschentuch auf die Lider, aber es gelingt nur auf Sekunden, den Schmerz zu lindern; dann geht es gleich wieder los. Die Mutter versucht, dem Bubens das Auge zu öffnen. Es zeigt sich, daß starke Lichtscheu besteht, reichlicher Tränenfluß, und wo sonst eine weißliche schimmernde Hülle den Augapfel umschließt, sieht man eine heftige Rötung. Aber von dem „Etwas“, das ins Auge geflogen ist, keine Spur!

Su und ähnlich spielen sich meist die kleinen Vorfälle ab, die selbst dann, wenn keine unangenehmen Folgen daraus entstehen, für den Betroffenen eine arge Plage sind, bis Hilfe geschaffen ist. „Kleine Vorfälle“, denn es ist hier nur die Rede von jenen winzigen Stäubchen oder Kohlepartikeln oder Splintern aus Holz, Stahl und dergleichen, auch wohl Insektenstacheln und was sonst mehr kaum sichtbar durch die Luft saust. Alle diese Winzigkeiten haben meist keine Durchschlagkraft und sie fliegen demgemäß auch gar nicht „ins Auge“, d. h. in den Augapfel — solche durchbohrenden Verletzungen sind glücklicherweise selten —, sondern bleiben, wenn es schlimm kommt, auf der Vorderfläche des Augapfels, der Hornhaut, festgekittet sitzen, meist jedoch verkrüppeln sie sich in dem Bindehautsack, und zwar hauptsächlich in seinem oberen faltigen Teil.

Wenn also die Mutter unserem kleinen Freunde nun das „Etwas“ herausholen will und nach vielem glücklichen Zureden das Auge geöffnet wird, dann sieht sie nur höchst selten auf den ersten Blick den Fremdkörper auf der Hornhaut sitzen; er hebt sich eben zu wenig auf dem dunklen Untergrunde ab. Und gar „das Lid umdrehen“, um die Bindehautfalten überblicken zu können, das bekommen nur sehr gewichtige Spezialisten fertig; es ist wirklich eine kinderleichte Sache, aber der Arzt, der es „fertig bekommt“, wird darob gewaltig bewundert.

Sowjetliebe.

Von W. Tschernij.

Jemand pocht an die Tür.
„Herein!“
„Ich habe Ihnen etwas zu bestellen.“
„Ich öffne die Tür.“
„Sergej Sergejewitsch?“ fragt ein blauäugiges Mädchen.
„Jawohl!“
„Ich habe Ihnen einen Brief aus Moskau zu überbringen.“
„Danke! Bitte Platz zu nehmen!“
Die Besucherin framt in ihrer Handtasche herum und sagt:
„Verzeihung! Den Brief ließ ich wahrscheinlich im Koffer liegen.“
„Nebensache! Wie lange wollen Sie, mein Fräulein, hierorts bleiben?“
„Das haben Sie selbst zu bestimmen“, antwortete lächelnd die Besucherin. „Wenn Sie mir eine Stellung verschaffen, dann...“
„Oh, heutzutage eine sehr schwierige Sache! Rationalisierung, überall Entlassungen...“
„Wenn man Beziehungen und guten Willen hat, läßt sich das schon machen.“
„Nein“, entgegnete ich bestimmt, „ich habe keine Stellung für Sie. Ich kann Ihnen aber etwas anderes vorschlagen.“
„Ich höre!“
„Es handelt sich darum, was ich schon seit Jahren beabsichtige und immer irgendwie keine Zeit dazu habe... Im Büro muß ich kolossal schuften. Ausgerechnet heute dachte ich daran. Wissen Sie was, Fräulein? Wir heiraten!“
Lachend sah das Fräulein auf die Uhr.
„Es ist jetzt viertel vor 10“, sagte ich, ihrem Blick folgend.
„Wenn wir sofort aufbrechen, sind wir binnen zehn Minuten auf dem Standesamt. Ich habe dort einen Bekannten, wir brauchen darum nicht Schlange zu stehen. Außerdem komme ich nicht mal zum Büro zu spät. Gleich rufe ich Marfa, die Köchin meiner Kostwirts. Du... Verzeihung!... Sie, mein Fräulein, werden das Mittagessen anordnen. So werde ich heute schon im eigenen Hause essen können.“
Mit der Faust pochte ich an die Wand.
„Ich möchte mich umkleiden“, bemerkte das junge Mädchen.
„Ich komme direkt vom Bahnhof.“
„Kleinigkeit... Kannst auch nachher machen. Auf dem Standesamt braucht man nichts auszusziehen.“
Marfa trat ein. „Sieh mal, Marfuschka, meine Frau ist aus Moskau angekommen, sei so gut und koche uns irgendeinen Vederbissen.“
„Wird gemacht“, bekräftigte Marfa. „Was möchten Sie, Fräulein, gern essen?“ wandte sie sich an die Besucherin.
„Bitte ein Huhn zu kaufen — vorerst wollen wir eine Hühnerrippe genießen.“
„Mit Reis oder Welschtraut?“
„Nein, eine reine Bouillon“, erwiderte sachlich die Besucherin. Und dann: Hühnerfilet! Das Dessert bringe ich aus der Stadt mit.“

Also was tun? Es sind ein paar ganz einfache Grundregeln zu beachten, die jeder sich zu eigen machen kann. Gelangt ein Fremdkörper ins Auge oder, wie wir jetzt richtiger sagen, auf die Hornhaut oder Bindehaut, so ist alles unnütze Reiben mit den Fingern zu unterlassen, da es nur die Schmerzen vergrößert und überdies die zarte Hornhaut ernstlich gefährden kann. Man versuche nur, einige Male ganz leise und vorsichtig bei geschlossenem Auge auf dem Oberlide von oben außen (also von der Schläfengegend her) nach unten innen, zur Nase hin, mit der Fingerringe zu streichen: es gelingt dabei oftmals, den Fremdkörper zum Tränensee zu führen, wo er dann fortgeschwemmt wird aus dem Bindehautsack heraus, und sofort sind alle Beschwerden vorbei. Hat dies nach einer Minute keinen Erfolg, so kann man die Beschwerden durch Auflegen kühler Kompressen (Wattebäusche oder saubere Taschentücher in kaltes Wasser getaucht) lindern. Man soll jedoch das Auge nicht verbinden! Und dann möglichst sofort zum Onkel Doktor, falls angängig, zum Augenarzt, der „es fertig bekommt“, den Uebelthäter von der Stelle seiner Wirksamkeit in ein paar Sekunden zu entfernen. Dr. Werner Bab.

Das Befinden unserer Schulkinder.

Im allgemeinen wird der Gesundheitszustand der Schulkinder als befriedigend und mit „besser“ als in den Vorjahren bezeichnet. Als gesundheitlich schlechteste Jahrgänge werden 1917, 1918 und 1921 angegeben. Auf dem Lande war der Gesundheits- und Ernährungszustand der Schulkinder im allgemeinen besser als in den Städten, die Mädchen waren kräftiger entwickelt als die Knaben, und die Schüler der höheren Schulen gesundheitlich besser gestellt als die Volksschüler. Der Zustand der Untere n ä h r u n g hat seit 1923, wo er 68 Prozent betrug, wesentlich nachgelassen. Die Zahl der unterernährten Schulkinder sank bis 1927 auf 13,7 Prozent, sie ist 1928 allerdings auf 14,8 Prozent wieder gestiegen.

Von 2 319 055 schularztlich untersuchten Schulkindern wurden 200 328 nach der Pirquet-Methode geprüft; von diesen erwiesen sich 57 576 oder 28,7 Prozent als t u b e r k u l ö s infiziert. Von rund 3 500 000 vorhandenen Volksschulkindern starben 1928 an Tuberkulose 474 oder 1,35 auf 10 000 Schulkinder. Wirbelsäulenerkrankungen ließen von 449 462 Schulkindern in 21 Regierungsbezirken 20 222 oder 4,5 Prozent erkennen. Herzleiden wurden 2,35 Prozent gegen 2,06 Prozent im Jahre 1927 festgestellt. Eine Besserung ergab sich bei Blutartern, Rachitis, Drüsenverwachsungen, Hautleiden, Verwurmung und Bruchleiden; eine Verschlechterung hinsichtlich des Schwachsinn, der Verkrüppelungen und der Herzleiden.

Nach ihren Schlafverhältnissen wurden 24 162 Schulkinder gefragt. Von ihnen hatten 8274 oder 34,2 Prozent kein eigenes Bett. Nach dem Ergebnis im Jahre vorher (58,75 Prozent) scheinen sich die Schlafverhältnisse also wesentlich gebessert zu haben.

Daß der Gesundheitszustand der Schulkinder in Preußen von Jahr zu Jahr allmählich besser geworden ist, ist zum Teil dem Sch u l a r z t w e s e n zu danken, das sich in der letzten Zeit erfreulich entwickelt hat: im Berichtsjahr wurde die schularztliche Versorgung in 4257 Gemeinden mit 233 256 Schulkindern neu eingeführt. Bei solcher weiteren Entwicklung werden in Preußen 1933 alle Volks- und Mittelschulen schularztlich versorgt sein.

Ich gab Marfa drei Rubel. Sie ging.
„Jetzt gehen wir, meine Liebe! Es ist bereits 10 Uhr.“
Auf der Treppe händigte ich ihr den Schlüssel ein. „Das ist der Schrankschlüssel. Marfa kann die Wäsche zur Wäschfrau bringen.“
„Zur Wäschfrau? Marfa kann doch die Wäsche selber waschen. Ist viel billiger.“
„Ee, Bagatelle. Bei der Wäschfrau ist's bequemer, sorgloser.“
In der Droschke gab ich ihr bekannt, daß die Gardine des linken Fensters nicht in Ordnung sei und daß die alten Bücher auf dem Boden verstaubt werden müßten, denn es hätten sich Motten eingenistet, und nachts knabbern da die Mäuse.
„Gut, die Gardine werde ich selbst ausbessern, und die Bücher lasse ich Marfa hinauftragen. Deswegen sei unbeforgt.“
Sie gähnte.
Während der Registrierung auf dem Standesamt fragte sie verwundert: „Wie, dein Name ist Barlow?“
„Na, und?“
„Auf dem Umschlag meines mitgebrachten Briefes steht aber ein anderer Name.“
„Und der heißt?“
„Ich weiß es nicht.“
„Und von wem ist der Brief?“
„Von Maria Nikolajewna.“
„Von welcher Maria Nikolajewna?“
„Pokrowskaja.“
„Mir unbekannt.“
„Sonderbar!“
Auf der Straße zog sie das Taschentuch aus der Tasche, worin sich auch der Brief befand. Sie las die Adresse: „An Sergej Sergejewitsch Berezjelskij.“
Ich mußte lachen. „Der wohnt eine Etage höher.“
„Wer ist das?“ fragte sie erblickend.
„Ein kleiner Beamter. Verheiratet. Hat drei Töchter.“
Befriedigt atmete sie auf.
„Na, dann auf Wiedersehen!“ sagte ich, ihr die Hand küßend.
„Um 5 Uhr komme ich zum Essen.“
„Großartig!“ rief sie fröhlich und steckte sich eine Zigarette an.
„Du rauchst?“
„Ja! Bringe Wein zum Essen mit. Unsere Trauung müssen wir doch begießen. Vielleicht hast Du keine Binte? Heute ist der 14., morgen erst gib's Gehalt. Stimmt's?“
„Jawohl!“
„Na, dann wird's wohl auch ohne Wein gehen. Eine Flasche Bier genügt auch. Nun geh, sonst kommt noch zu spät!“
Sie winkte mit dem Kopf und ging zur Elektrischen.
„Hallo! Hallo! Warte noch ein bißchen!“
Sie sah sich um.
„Verzeihung“, sagte ich, „etwas habe ich noch vergessen: wie ruft man Dich?“
„Gola!“
Sie kam heran. Dann lachten wir herzlich und sahen uns gegenseitig in die Augen.
Deutsch von Victor Kalinowski.

Kampftaktik der RGD. im Bergbau.

Wir bringen nachstehend einige Auszüge aus einem Rundschreiben der RGD., das Anweisungen an die RGD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) für deren künftige Kampftaktik enthält. Das Schreiben beschäftigt sich mit der Situation nach den Wahlen und enthält auch die Kampfanweisungen für den Bergbau, die wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen, damit sie immer über das Vorgehen dieser Leute im klaren sind. Gleichzeitig ist daraus zu lernen, von welcher kindlicher Naivität und wirklichkeitsfremder Phantasterei die Revolutionsliteratur der RGD. geleitet sind.

Zunächst hat das (dem Internationalen Berufsetretariat beim Internationalen Gewerkschaftsbund entsprechende) IWBG.-Bergbau (Internationales Propaganda- und Aktionskomitee) allgemeine Anweisungen herausgegeben und überhaupt sich vorgenommen, eine wirkliche Kampforganisation zu werden, die imstande ist, die revolutionäre Einheit der Bergarbeiter aller Länder herzustellen. Sodann hat für das ganze Ruhrgebiet (in Bochum) und haben in allen Unterbezirken Konferenzen stattgefunden, in denen Kampfforderungen aufgestellt und praktische Maßnahmen beschlossen bzw. ergänzt wurden. Als Delegierte waren, wie befohlen, auch sozialdemokratische und christlich-gewerkschaftliche Arbeiter zwar gewählt, aber nicht vollständig erschienen. Die Erschienenen bekannten sich allerdings auch ganz offen zur RGD. bzw. RGD. Vor allem wurde die sofortige Schaffung von Kampfausschüssen, auch mit überparteilicher Befugnis, befohlen, in denen nicht nur Frauen und Jugendliche, sondern auch Kinder vertreten sein sollen. Diesen Kampfausschüssen, die sich in ... Kommissionen aufteilen (der politischen K., Leitungs- und Verbind.-K., der Organisations-K., die Agitprop.-K., die Jugend-K. und der für Literatur-Vertrieb) werden neben der allgemeinen Mobilisierung der Belegschaft (durch Einzelagitation, Versammlungen, Einrichtung von Sprechstunden usw.) zum Widerstand oder Streik für den Fall drohender Entlassungen, z. B. folgende Aufgaben zugewiesen:

„Neben der Durchführung von besonderen Versammlungen der Gefündigten ist es erforderlich, daß alle Gefündigten an einem Tage unter der Führung des Kampfausschusses zum Betriebsführer gehen und von diesem Einföhrung der Siebenstunden forderung verlangen. Auch unten in den Revieren können die Gefündigten sich sammeln und Demonstrationen unter Tag durchzuführen, um so die Belegschaft zu mobilisieren. Am Tage, an dem die letzte Schicht verfahren wird, oder vorher müssen sich erneut alle Gefündigten sammeln und ist auf Vorschlag des Kampfausschusses der Beschluß zu fassen, daß am ersten Entlassungstage zur Frühmorgens in die Waschküche alle Entlassenen erscheinen und von der Belegschaft als auch vom Betriebsführer die Anfahrtsverlangen. Wird die Anfahrtsverweigerung, dann muß unter allen Umständen es gelingen, daß der Betriebsführer in die Waschküche gerufen wird und die Belegschaft sich weigert anzufahren, bis die Entlassungen für die Gefündigten zurückgezogen sind. Es ist möglich, daß in diesem Falle der Staatsapparat einsetzt, doch würde ein solches Eingreifen zweifelsohne eine große Mobilisierung aller Bergarbeiter bringen.“

Auch sollen die Kampfausschüsse (wie auf einzelnen Zecken schon gesehen) Resolutionen durch die Belegschaft fassen lassen, daß die Belegschaft kein Vertrauen zur Gewerkschaftsbürokratie habe, vielmehr gewillt sei, mit der RGD. zu kämpfen, dieser kollektiv beizutreten und deren Aktionsfonds zu stärken. Diese auf breiter Grundlage gewählten Kampfausschüsse werden dann in Streikleitungen umgewandelt. Sie sollen am ersten Streiktag schon, gegebenenfalls in hartem Kampf mit den Reformisten, die ja „nur Streikleitungen der Spaltung bilden“ könnten, die Führung in der kürzesten Frist erobern. Nach den Erfahrungen im Mansfelder Streik ist damit zu rechnen, daß — übrigens den Anweisungen der RGD. entsprechend — die Reichsleitung der RGD. gezielte Fachleute, also betriebs- und revierfremde Instrukteure zugleich als Kontrollinstanzen in die Streikleitungen delegieren wird. Wir werden sogar darauf gefaßt sein müssen, daß auch so wjetrusische Instrukteure dabei in Aktion treten werden, da auf dem Moskauer Kongreß der RGD. eine intensivere Mitarbeit der sowjetrussischen Gewerkschaften in der RGD. angeregt und beschloffen wurde, damit sie den reichen Schatz ihrer Vorkriegserfahrungen und -kämpfe gegen die „Reformisten“ den ausländischen Genossen zur Verfügung stellen können.

Auch die Streikleitung teilt sich sofort in eine politische, Organisations-, Agitprop., Frauen- und Jugendkommission ein. In ihr ist auch (D-Dienst Nr. 15) die Internationale Arbeiterhilfe vertreten. Weiter hat sie einen Solidaritätsausschuß durch die Belegschaft wählen lassen, der die Frage der Hilfsaktionen und Unterstützungen regelt. Aus den Anweisungen der RGD. zitieren wir weiter:

„Sofort vom ersten Streiktag an muß eine genaue Registrierung aller Streitenden durchgeführt werden. Am Mittwoch früh erhalten die Streikleitungen durch die vorbereitenden Kampfausschüsse der Unterbezirke die Streikkontrollkarte der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Jeder Arbeiter, der den Sieg will, der die Einheit will, muß im Besitz der Streikkontrollkarte der RGD. sein, täglich zum Streiktotal zur notwendigen Kontrolle gehen und übergebene Anweisungen der Streikleitungen durchführen.“

„Die Streikleitungen müssen alle Massenorganisationen mobilisieren und diesen konkrete Aufgaben zuweisen. Die Sportorganisationen sollen den ständigen Kurierdienst übernehmen. Samariter sollen mit Streikposten stehen und hilfsbereit sein. Die Mh., Konsumgenossenschaftsopposition sowie Vereine sind zur Verpflegung und zur Sammlung von Lebensmitteln usw. zu gewinnen. Die rote Hilfe ist schon zu mobilisieren, da mit der Entwicklung des Kampfes mit Befestigung gerechnet werden kann, zum Schutze der Verhafteten und Betreuung der Familien. Die Freidenkerorganisation kann eingesetzt werden zur Aufklärung der Frauen und der Massen über die Rolle der Kirche und die Notwendigkeit der festen Einheitsfront der kämpfenden Belegschaften.“

Am zweiten Streiktag sind für jeden Betrieb Versammlungen zu organisieren für alle Streitenden und noch arbeitenden Jugendlichen und Lehrlinge. In den Streikversammlungen der Erwachsenen ist ebenso wie in den Jugendversammlungen am zweiten Streiktag der Beschluß zu fassen, daß alle Jugendlichen und Lehrlinge in den Streik einbezogen werden. Kein revolutionärer Arbeiter darf die dringende Notwendigkeit der Einbeziehung der Lehrlinge in den Streik verkennen.“

Am dritten Streiktag sind von allen Streikleitungen unbedingt Frauenversammlungen zu organisieren und entsprechend der Lage den Frauen in den Versammlungen Informationen und Instruktionen zu geben. Diese Versammlungen am dritten Streiktag werden zur ungeheuren Stärkung der Kampfesstimmung beitragen. Die Arbeiter sind aufzufordern,

damit die Frauen bestimmt an der Versammlung teilnehmen können, unter allen Umständen die häuslichen Schwierigkeiten zu überwinden. (Darüber hinaus sollen sie sich beim Eisentragen für die Streikposten, bei der Propaganda, der Verteilung der Lebensmittel usw. betätigen.)

„Die Streikleitungen müssen besondere Erwerbslosenversammlungen organisieren und darüber hinaus einen Appell an die Erwerbslosen richten. Hilfe und Unterstützung auch für die Erwerbslosen ist immer nur durch das revolutionäre Proletariat möglich und der beste Schlag zur Verteidigung der Interessen der Erwerbslosen ist die aktive Unterstützung des Streiks. Die Mithilfe der Erwerbslosen im Streik bedeutet Vergeltung an dem kapitalistischen System, das sie dem Elend, der Not und dem Untergang preisgeben will. Die Erwerbslosen selbst müssen besondere Aktionsgruppen bilden, die durch die Streikleitung entsprechend den Erfordernissen besondere Aufträge zur Erledigung erhalten.“

„Eine streikende Belegschaft kann in der heutigen Zeit nur dann siegen, wenn sie täglich kämpft und täglich auf der Straße ist. Die Gesamtheitschaft muß am Erfolg des Kampfes mitarbeiten. Darum Verteilung aller Arbeiten auf alle Belegschaftsmitglieder. Die Hauptaufgabe wird immer sein der Massen-

Aus der Reichsnappschafft.

Ueber die Rechte und Befugnisse der Geschäftsausschüsse, die in der Knappschafftsversicherung als erste rechtsprechende Stelle im Streitverfahren zu entscheiden haben, bestehen anscheinend noch viele Unklarheiten. In einem Falle z. B. hatte ein Wert ihnen das Recht abgeprochen, in Zweifelsfällen über das Versicherungsverhältnis zur Klarstellung des Sachverhalts auf der Zeche selbst Beweis zu erheben. Soll die Knappschafftsversicherung ordnungsmäßig durchgeführt werden, dürfen die Geschäftsausschüsse solche Einwendungen nicht beachten. Die Geschäftsausschüsse der Knappschafft haben nach außen die Befugnisse der Versicherungsämter. Die Versicherungsämter haben aber die Pflicht, die materielle Wahrheit von Amts wegen zu erforschen und alle Vernehmungen und Ermittlungen anzustellen, die zur Klärung des Sachverhalts erforderlich sind. Aus dieser Pflicht ergibt sich das Recht, gegebenenfalls die Beweiserhebung auf dem Werke vorzunehmen, wenn die Beweiserhebung zur Klärung des Sachverhalts notwendig ist. Die Duldung der Beweiserhebung kann jedoch von dem Werke nicht erzwungen werden. Eine Weigerung der Zechenverwaltung, den Beweis auf ihren Anlagen erheben zu lassen, kann dann aber als ein für die Beweiserhebung erheblicher Umstand angesehen werden. Das heißt: gegebenenfalls die Behauptung der Gegenpartei ohne weiteres als wahr unterstellen.

Dem Vorstände der Reichsnappschafft gegenüber sind die Geschäftsausschüsse keine gerichtähnliche Einrichtung, die neben dem Vorstände unabhängig von ihm bestehen, sondern nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sind die Geschäftsausschüsse Verwaltungsstellen der Reichsnappschafft. Der Vorstand der Knappschafft kann aus diesem Grunde auch keine Berufung gegen die Entscheidungen der Geschäftsausschüsse einlegen, da diese Entscheidungen eigentlich in seinem Auftrage für ihn verbindlich erfolgt sind. Er kann jedoch von den Geschäftsausschüssen verlangen, daß sie seinen Anweisungen Folge leisten. Hinsichtlich der Befugnis- und Satzungsauslegung sind solche Anweisungen erfolgt. Sie lauten:

a) Sofern die Reichsnappschafft zu einer Gesetzes- oder Satzungsvoorschrift eine Auslegung getroffen hat, entscheidet der Geschäftsausschuß gemäß dieser Auslegung.

Umsicht! Vorsicht! Rücksicht!

Jede Ablenkung von der Arbeit bedeutet Gefahr! Nur konzentrierte Aufmerksamkeit macht es möglich, all die kleinen Fehlergriffe, Unachtsamkeiten, Versehen zu vermeiden, die so leicht Unfälle heraufbeschwören. Jede Maschine birgt ihre Unfallgefahren. Alle bewegten Teile können nicht durch Schutzvorrichtungen abgedeckt werden, sonst würde die Arbeit unmöglich gemacht oder sinnlos erschwert. Also ist und bleibt es unbedingtes Erfordernis, daß der Arbeiter an der Maschine „bei der Sache ist“.



Steh ich an der Maschine dran, Quatsch mich nicht von der Seite an!

Das aber muß auch jeder berücksichtigen und nicht rückwärtslos einen Arbeiter an seiner in Gang befindlichen Maschine stören. Oft ist deren Geräusch so stark, daß er nichts von dem anderen gehört und bemerkt hat. Berührung oder Anruf kann ein Erschrecken und dadurch irgenbeine unvorsichtige Bewegung auslösen und so einen Unfall herbeiführen. — Ebenso schlimm und gefährlich ist es aber, mit dem Arbeitenden sich zu unterhalten, weil dadurch seine Aufmerksamkeit abgelenkt wird. Ja, sogar das Nachdenken oder Grübeln über eine soeben gehabte Unterredung kann starke Ablenkung von der Arbeit und damit Unfälle nach sich ziehen. Man wird es daher zweckmäßig unterlassen, einem an einer gefährlichen Maschine Arbeitenden während der Arbeitszeit irgendwie aufregende, besonders ärgerliche oder vielleicht auch stark erfreuliche Mitteilungen zu machen.

streiklich. Tag und Nacht müssen die Streikposten den Betrieb bewachen, Tag und Nacht muß eine größere Anzahl von Streikposten vor den Betrieben bestehen. Bei Ablösung der Streikposten, beim Abmarsch zu den Streikversammlungen, beim Essen, wenn später Unterstützungen durch Essen und Lebensmittel gegeben werden, beim Besuch anderer streikender Belegschaften, beim Besuch eventuell noch arbeitender Betriebe, immer und immer wieder muß dies in geschlossenen Demonstrationen geschehen. Agitationskommissionen müssen dafür sorgen, daß jeder Demonstrationen zug unsere neuen Forderungen und auch unsere politischen Forderungen erhält. Dem Gesamtcharakter des Kampfes muß in jeder Hinsicht der Stempel des Klassenkampfes aufgedrückt werden. Bei großen Demonstrationen der Belegschaften sind alle Frauen und Kinder hinzuzuziehen.“

„Schon jetzt sind alle Vorbereitungen zu treffen, um Adressen eventueller Streikbrecher habhaft zu werden und um diesen auf mannigfache Art das Handwerk zu legen.“

„Schon in den ersten Versammlungen sind Betriebswehren zu bilden, die in straffer Disziplin sich die besonderen Aufgaben des organisierten Streikschutzes und des Kampfes gegen den Faschismus und die Reaktion stellen. Die Mitglieder der Betriebswehren sind in fester Organisationsformation zusammenzufassen.“

Wir verzichten darauf, einen besonderen Kommentar anzuhängen, da jeder Gewerkschafter selbst das Ganze als lächerliche Wichtigkeit erkennen muß.

b) Bei der Anwendung von Gesetzes- oder Satzungsvoorschriften, zu denen seitens der Reichsnappschafft noch keine Auslegung getroffen ist oder nicht in allgemeiner Form getroffen werden kann, ist, sofern es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, die Meinung der Reichsnappschafft vor der Entscheidung des Ausschusses einzuholen. Bei Meinungsverschiedenheiten wird nach der Auffassung der Reichsnappschafft verfahren.

Es ist vorgekommen, daß einzelne Geschäftsausschüsse die Richtlinien unbeachtet gelassen und gegen Gesetz und Satzung entschieden haben. Solche Vorkommnisse kann der Vorstand der Reichsnappschafft nicht dulden. Er muß darauf bestehen, daß nach Gesetz und Satzung entschieden wird, weil sonst die Selbstverwaltung erledigt wird. Wenn Vorstandsmitglieder vorsätzlich zum Nachteil der Reichsnappschafft handeln, werden sie mit Gefängnis bestraft. Sie haften auch der Reichsnappschafft für getreue Geschäftsverwaltung wie Vormünder ihren Mündeln. Der Vorstand ist auch für seine Verwaltungsstellen verantwortlich. Daraus ergibt sich, daß die Verwaltungsstellen seine Anweisungen beachten müssen. Tun sie das nicht, so haben sie zu gewärtigen, daß der Vorstand gegen sie ähnlich vorgehen wird, wie nach dem Gesetz gegen ihn vorgegangen werden kann. Dies würde nur dem Sinn des bisherigen Reichsnappschafftsgesetzes entsprechen. Um jedoch den untergeordneten Organen der Knappschafft diesen Sinn mehr ins Bewußtsein zu bringen, beschloß der Vorstand, entsprechende Bestimmungen in die Satzung hineinzubringen.

Hauptversammlung 1930.

Die Hauptversammlung der Reichsnappschafft wird am 22. November im Verwaltungsgebäude der Reichsnappschafft in Berlin tagen. Die Tagesordnung lautet:

1. Entgegennahme des Jahresabschlusses für 1929 und
2. Satzungsänderungen.

Aus dem Bezirk Halle.

Die soziale Not der Braunkohlenarbeiter.

Die Rationalisierung im Braunkohlenbergbau in den letzten Jahren ermöglichte eine Produktionssteigerung, die ihresgleichen in anderen Industrien sucht. Der Absatz andererseits konnte nicht in demselben Umfang gesteigert werden, als dies die Produktion erforderte. Hinzu kam, daß die allgemeine Wirtschaftsdrepression ihre Wirkungen auch auf den Braunkohlenbergbau ausübte. Während noch im Kalenderjahr 1929 der Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands infolge des vorangegangenen harten Winters von Absatzstößen und Betriebseinschränkungen verschont blieb, setzte Anfang 1930 auch in Mitteldeutschland die Krise mit ungeheurer Wucht ein. Infolge des milden Winters und der starken Voreindeckung der Händler in den Städten trat eine Absatzstörung von ungeahntem Ausmaß in Erscheinung. Dies führte dazu, daß schon Anfang des Jahres — sonst die beste Konjunkturzeit — Feierschichten eingelegt wurden. Die Stapelmengen auf den Werken wuchsen ins Ungeheuerliche. Allein im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hatten wir im Sommer dieses Jahres noch Stapelmengen von 1 1/2 Mill. To. Britetts. Die Absatzkrise benutzten die Unternehmer zu einem allgemeinen Abbau der übertariflichen Löhne, was schon lange ihr Wunsch war.

Man sieht aber auch hier wieder, daß in Zeiten der Wirtschaftskrise die Lasten derselben in erster Linie auf die Arbeiterlasten abgewälzt werden. Nicht genug damit, daß man die übertariflichen Löhne ganz erheblich abbaut, ging man dazu über, umfangreiche Feierschichten und Betriebsstilllegungen durchzuführen. Eine genaue Statistik über den Umfang der Lohnreduzierungen ist leider nicht vorhanden. Die Statistik des Braunkohlenindustrievereins, die eine Senkung des tatsächlichen Lohnes von 4,4 Prozent angibt, dürfte nicht zutreffend sein. Bei dem Umfang der Kürzung der übertariflichen Löhne, die teilweise einen wöchentlichen Abzug von 10 bis 15 M. brachten, hat zweifellos eine größere Verschlebung des Effektivlohnes gegenüber dem Vorjahre herbeigeführt. Durch die Betriebsstilllegungen kam eine größere Anzahl von Braunkohlenindustriearbeitern zur Entlassung. Gegenüber dem Monat Mai 1929 hat sich in diesem Jahre die Belegschaft um 14 355 Mann vermindert. Aber auch die noch im Betrieb befindlichen Arbeiter wurden außer der Lohnminderung noch empfindlich durch das Einlegen von Feierschichten geschädigt. Seit Anfang dieses Jahres bis in den Monat September hatten wir in allen Revieren Mitteldeutschlands Feierschichten, die teilweise zwei bis drei Tage in der Woche betrug, zu verzeichnen. Die Zahl der eingelegten Feierschichten seit Anfang dieses Jahres beziffert sich für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf rund 1,128 Millionen. Dadurch ist den Arbeitern ein ganz enormer Lohnverlust entstanden. Legt man den Durchschnittslohn, wie ihn der Braunkohlenindustrieverein angibt, einer Berechnung zugrunde, so ergibt sich für die Gesamtheitschaft ein Lohnverlust durch die Feierschichten von rund 8,3 Millionen Mark. Damit ist erwiesen, daß der Braunkohlenindustriearbeiter mit am stärksten unter der jetzigen Krise zu leiden hat. Wie man unter solchen Umständen von Arbeitgeberseite noch nach einem Lohnabbau, der ja tatsächlich schon durch die Kürzung der übertariflichen Löhne und den Lohnverlust durch die Feierschichten eingetreten ist, rufen kann, bleibt unverständlich. Die Not innerhalb der Bergarbeiterschaft ist heute schon so groß, daß unter keinen Umständen dieselbe durch eine Erfüllung der Unternehmerforderungen noch vergrößert werden darf.

Bezirk Nordhausen.

Erneuter Gasausbruch auf dem Kohlwerk Vollenroda.

Am Donnerstag, dem 18. September, gegen 9 Uhr vor-mittags, wurden durch Gebirgsdruck ungeheure Mengen Gas frei. Dieser Gasausbruch bewirkte eine außerordentlich starke Erschütterung, wodurch erhebliche Gebirgsmassen losgelöst wurden. Ganze Bauten sind, wie uns berichtet wird, zu Bruch gegangen. In diesen zusammengebrochenen Bauten waren Arbeiter jedoch nicht beschäftigt.

Der Belegschaft bemächtigte sich eine große Aufregung, da bereits am 2. Januar d. J. eine Explosion mit nachfolgendem Grubenbrand stattgefunden hatte, der drei Menschenleben zum Opfer fielen. Diese im Januar erfolgte Explosion ereignete sich im Abbaufeld Vollenroda, wogegen der jetzige Gasausbruch im Abbaufeld Cöthen etwa 2000 Meter vom alten Explosionsherd entfernt, stattfand. Im ersten Falle handelt es sich um Erdöl-gase, die durch Grubenlampen zur Explosion gebracht wurden. Wir haben hierüber bereits in Nr. 27 der „Bergbau-Industrie“ berichtet. Bei dem jetzigen Gasausbruch handelt es sich um die sogenannten leichteren Methan- oder Ethangase. Es sind erfreu-licher Weise keine Menschenleben zu beklagen, auch ist der Betrieb nicht unterbrochen. Immerhin dürfte in Anbetracht der für die Belegschaft des Werkes bestehenden Gefahren eine erhöhte Beobachtung der Gefahrenquelle durch die Bergbehörde und der Betriebsvertretung geboten sein. Es muß vor allem geprüft werden, ob die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen zum Verlegen der abgebauten Felder intensiver durchgeführt werden können.

Bezirk Köln.

Die Bedeutung der Vertrauensärzte für die Unfallverletzten.

Es ist allgemein bekannt, daß es Vertrauensärzte gibt, welche glauben, es sei ihre Aufgabe, auch in den schwierigsten Fällen die Gutachten immer im Sinne der Berufsgenossenschaften abzugeben, damit unter allen Umständen ein Rentenherab-sehungsbefehl konstruiert werden kann. Es kommt noch hinzu, daß sich die Genossenschaften auf den Standpunkt stellen, für jeden Fall die Kosten zu tragen, auch wenn sie noch so hoch werden, wenn nur dem armen Unfallverletzten mit Hilfe des Vertrauensarztes die Rente abgejagt werden kann. So mancher Unfallverletzte und sonstige Knappschafts- und Invalidenrentner würden um ihre Rechte gebracht worden sein, wenn nicht die Organisation hinter ihnen gestanden hätte und ihnen zu ihrem Rechte verholfen hätte, wie folgender geradezu haarsträubende Fall beweist:

Der 34jährige Hermann Promper aus Frechen erlitt am 28. November 1925 als Schlosser im Betriebe der Grube Wachtberg dadurch einen Betriebsunfall, daß ihm beim Hämmern ein Stahlplitter in den linken Augapfel eindrang, welcher noch am gleichen Tage durch den Augenarzt entfernt werden konnte. Inbessen war die Linse des Auges zerstört, mithin auch die Seh-kraft verloren. Die Berufsgenossenschaft Sektion I (Bonn) setzte auf Grund eines ärztlichen Gutachtens für diesen Unfall eine Rente von 20 Prozent fest mit dem Hinweis, daß der Ver-letzte in dem beschädigten Auge ein „wertvolles Reserveauge“ habe. Der Verletzte gab sich jedoch mit dem Urteil des Knapp-schaftsüberverwaltungsamts in Bonn nicht zufrieden und legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt in Berlin ein mit dem Er-folge, daß durch Urteil vom 10. Okt. 1929 dahingehend ent-schieden wurde, daß das Reichsversicherungsamt in seiner ständigen Rechtsprechung (so auch im vorliegenden Falle) bei Arbeitern, an welche besondere Anforderungen bei der Arbeit gestellt werden und dabei auch ein doppelseitiges Sehen erforderlich ist, eine mindestens 25prozentige Rente festsetze. Die Rente wurde im vorliegenden Falle von 20 auf 25 Prozent festgesetzt.

Man sollte nun annehmen, daß sich die Genossenschaft mit der Entscheidung des Reichsversicherungsamts abgefunden hätte. Jedoch weit gefehlt! Wofür hat die Genossenschaft ihre Ver-trauensärzte? Bereits Anfang Dezember 1929 mußte sich Promper beim Professor Dr. Reis (Bonn) zur Untersuchung stellen mit dem Erfolge, daß von dem Gutachter jetzt nicht mehr eine 20prozentige Rente empfohlen wird, sondern es genüge eine 15prozentige Unfallrente. Die Unfallberufsgenossenschaft glaubte nunmehr, durch ihren Vertrauensarzt ihren Zweck er-reicht zu haben.

Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft legte Promper Berufung am Knappschaftsüberverwaltungsamt in Bonn ein, indem er besonders darauf hinwies, daß der Abzug der Rente von 25 auf 15 Prozent gänzlich unberechtigt sei, da dieselbe vom Reichsversicherungsamt kaum zwei Monate vorher auf 25 Prozent festgesetzt worden sei. Vom Vertreter unseres Ver-bandes wurde beantragt, nach § 1681 der Reichsversicherungs-or-dnung von dem Sacharzt Professor Dr. Hoppe aus Köln ein Gutachten einzuholen. Dieser Gutachter kommt in seinem Gutachten vom 7. Mai 1930 zu der Ansicht, daß eine Besserung der Unfallfolgen gegenüber dem Zustande vom 26. Juli 1927 nicht eingetreten ist. Der Verletzte sei heute nicht in der Lage, seinen früheren Beruf als Kraftwagenführer weiter zu versehen, weil ihm auf Grund seiner Augenverletzung ein Führerschein nicht mehr ausgestellt wird. Nach Erhalt des Gutachtens über- sandte die Berufsgenossenschaft dem Promper folgendes Schreiben vom 28. Juni 1930:

„Vorbekanntlich der Genehmigung der zuständigen Stelle sind wir bereit, den Ihnen am 23. Januar 1930 übersandten Rentenherabsetzungsbefehl zurückzuziehen und Ihnen die 25prozentige Rente weiter zu gewähren. Die von Ihnen gegen den Bescheid wegen Herabsetzung der Rente von 25 auf 15 Pro-zent eingelegte Berufung wird damit gegenstandslos, weshalb wir Sie bitten, dieselbe durch Unterschrift der antliegenden Karte zurückzuziehen. Die Geschäftsführung (Unterschrift).“

Da nunmehr durch das Gutachten des Professors Dr. Hoppe (Köln) die Genossenschaft gezwungen wurde, die vom Reichs-versicherungsamt festgesetzte Rente weiterzuzahlen, so nunmehr Promper die Berufung zurück. Wie würde es diesem Arbeiter ergangen sein, wenn ihm der Verband nicht zur Seite gestanden hätte? Bergarbeiter, aus solchen Fällen ist der Wert des Ver-bandes zu erkennen!

Fritz Waldhecker 65 Jahre alt.

Fritz Waldhecker war wohl immer einer der populärsten Namen innerhalb unseres Verbandes. Schon seit seiner An-stellung im Jahre 1904 hat unser Fritz stets das Vertrauen und die Freundschaft aller, die ihn kennen lernten. Im Jahre 1919 wurde ihm das Amt des zweiten Vorsitzenden über-tragen, in welcher Eigenschaft er unserer Organisation un-schätzbare Dienste geleistet hat. Gerade in dieser Zeit hat sich erst der ganze Wert seiner Persönlichkeit offenbart. Unbeugsame Ordnungsliebe und peinlichste Pflichterfüllung waren bei ihm gepaart mit einem Sinn für urwüchsigen Humor. Also Eigenschaften, wie ausgesucht für einen Ver-bandsvorsitzenden, dem hauptsächlich der innerpolitische Organisationsdienst unterstand. Er war ein Muster treuer Kollegialität und zeigte sich immer hilfsbereit, wo ein Kollege helfender Tat oder helfenden Rates bedurfte. Man hat ihn deshalb auch im Jahre 1928 nur mit aufrichtigem Bedauern scheiden sehen, als er damals als Verbandsvertreter ins Ost-elbische Braunkohlensyndikat gewählt wurde. Aber auch seitdem er von uns wegging und ins Braunkohlensyndikat eintrat, sind die alten Freundschaftsbände, die ihn und uns alle miteinander verknüpften, nicht abgerissen. Wir konnten deshalb auch jetzt nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, ihm zur Vollendung seines 65. Lebensjahres auch an dieser Stelle zu gratulieren. Sein Geburtstag fiel auf den 29. Sep-tember. Wir hoffen, daß er ihn noch oft in guter Frische und in ungekrümbtem Humor erleben möge.

Saargebiet.

Die Saarindustrie fordert Abbau der Kohlenpreise.

Im Ruhrgebiet hatte der Zechenverband den Lohn tarif ge-fündigt, um die Löhne um 10 Prozent herabzusetzen. Der Schieds-pruch setzte die bisherige Lohnordnung bis Ende dieses Jahres fest. Im Saargebiet sind die Industriellen nicht Besitzer der Gruben, da der gesamte Saarbergbau sich im Besitz des fran-zösischen Staates befindet. Sie haben somit auch keinen direkt-en Einfluß auf die Löhne und Kohlenpreise. Indirekt spielt jedoch das deutsch-französische Privatkapital eine unbedeu-tende Rolle. Das A und O der Politik des Privatkapitals, die Wirtschaftskrise zu beheben, spiegelt sich, wie überall, in Arbeiter-entlassungen, Fehlerschichten und in Versuchen, zur Verbilligung der Herstellungskosten die Löhne abzubauen.

Die Saarindustrie kämpft auch seit Monaten um Herab-setzung der Kohlenpreise. Das ist an sich wohl zu verstehen. Nach der „Saar-Wirtschaftszeitung“ haben auch schon Besprechungen mit der Generaldirektion der Saargruben stattgefunden, was aus nachstehendem Schreiben des Generaldirektors der Saargruben an die Organisationen des Saarunternehmertums hervorgeht:

„Am Verlauf der Unterredung, die ich im letzten Monat die Ehre hatte mit Ihnen zu führen, haben wir gemeinsam die wirt-schaftliche Lage und die Rückwirkungen der augenblicklichen Krise auf die saarländische Industrie geprüft. Außerdem habe ich Un-terredungen mit dem Schutzverband der Schwerindustrie gehabt, wobei wir die besondere Lage der Schwerindustrie besprochen haben. Die Verwaltung der Saargruben hat seit langem die Frage geprüft. Sie sieht keine Möglichkeit, bezüglich der Restkoble einen laufenden Vertrag zu ändern, der im letzten Jahre Gegen-stand längerer Ausarbeitungen war.“

Eine augenblickliche Verringerung der aus diesem Vertrag her-rührenden Preise würde nach unserer Meinung schwere grund-sätzliche Unzutraglichkeiten mit sich bringen und tatsächlich ohne ernstes praktisches Interesse für den Gang der Werke sein, da als Folge dieses Vertrages gewisse Faktoren der Preisformel Gegenstand einer Revision mit Wirkung vom 1. Oktober ab sein werden müssen.

Obwohl die Gruberverwaltung selbst durch die augenblick-liche Krise schwer betroffen ist, hat sie sich entschlossen, einen Preisnachlaß für Flammkohle, die an die saarländische Industrie geliefert wird, zu gewähren und damit auch auf die Fabrikations-kohle der Hüttenwerke. Folglich tritt für eine Frist von drei Monaten mit Wirkung vom nächsten 1. September ab ausnahms-weise eine Ermäßigung der augenblicklichen Preise für Flamm-kohle in Kraft wie folgt: 5 Fr. für Stückkohle und andere un-gewaschene Kohle, 8 Fr. für Würfel- und Rußkohle, 10 Fr. für Feingrieß und gewaschenen Grieß. Diese Ermäßigung wird bei einer Verringerung des augenblicklichen Tarifs, die etwa in der erwähnten Frist stattfindet, berücksichtigt. Guillaume.“

Soweit eine Ermäßigung der Kohlenpreise der französischen Gruberverwaltung die Wirtschaftskrise im Saargebiet günstig beeinflusst, wird es niemanden geben, der sich dagegen stellt. Aber der Gruberverwaltung und der Saarindustrie sei gesagt, daß die Lohn- und sozialen Lebensbedingungen der Bergarbeiter keine Verschlechterungen erfahren dürfen. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter wird etwa geplante Anschläge auf die Lebenshaltung der Saarbergarbeiter zu verteidigen wissen.

Die Saarbergarbeiter haben alle Ursache, jede Zersplitterung ihrer Organisation im eigenen Interesse abzuwehren und den letzten Anorganisierten dem Verbandsbezug zuzuführen.

Kommunistische Gewerkschaftspalter.

Auch das Völkerbundsländle Saargebiet haben sich die „revolutionären“ Kommunisten zum Tummelplatz ihrer gewerk-schaftlichen Experimente ausgesucht. Die Spaltung und Eroberung der freien Gewerkschaften soll dem saarländisch-französischen Kapital die erhoffte Hilfe bringen. Das Kapital feucht, daß die lothringische Konkurrenz, bei der die Kommunisten seit Jahren die Herrschaft haben, die Saarbetriebe schädigt, da dortselbst Löhne und Erzeugerkosten geringer sind.

Diese lothringische Konkurrenz ist nur möglich, weil die Kom-munisten die dortige freie Gewerkschaftsbewegung unter heim-lichem Schmutzeln des lothringischen Unternehmertums mit ihrem

Wortaktivismus spalteten. Die Unternehmer schmungeln mit Recht, denn die „Revolutionäre“, welche im lothringischen Industrie-gebiet die freien Gewerkschaften zerschlugen und ihre eigenen „revolutionären“ Gewerkschaften aufzogen, haben noch nie eine revolutionäre Tat vollbracht!

Die Tarifverträge vor den abgefaßt. Die lothringische Un-ternehmer bestimmen willkürlich — wie vor 20 Jahren — den Lohn. Derselbe wird den Arbeitern am schwarzen Brett zur Kenntnis gebracht, ohne von den Mostauer „Revolutionären“ Nollz zu nehmen. Wendet auf diese Weise das Unternehmertum den Lohn, dann ziehen die „Revolutionäre“ von Ort zu Ort und weisjagen den kommenden Sturz des Kapitals. Der Unternehmer jedoch streicht unbesorgt im bolschewistischen Paradies Lothringen seine Dividende ein!

Die schwarze Firma de Wendel, die Aktionäre der Saar- und Moselgesellschaft wissen, was ihnen die Bolschewisten wert sind. Mittelalterliche Behandlung der Arbeiter in den Betrieben, Ersparrung der sozialpolitischen Ausgaben, Zahlung geringer Löhne steigern den Profit und ermöglichen die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit. Vor Neid plagen die deutschen Unterneh-mer, die es sich jetzt Millionen kosten ließen, um bei dem Wahl-kampf in Deutschland die freien Gewerkschaften durch Bekämp-fung der Sozialdemokratischen Partei politisch lahmzulegen. Die nicht gepaltene deutsche freie Gewerkschaftsbewegung wehrt sich gegen Lohnabbau, Abbau ihrer sozialen Errungenschaft, hat kein Verständnis für die kapitalistischen Experimente des Unterneh-mertums. Das französisch-lothringische Kapital hat solche Schmer-zen nicht, die haben ihm die Bolschewisten durch Zerschlagung der Gewerkschaften abgenommen. Im lothringischen Industriegebiet herrscht die Diktatur, aber nicht diejenige des Proletariats, son-dern des Unternehmertums!

Die organisierte Bergarbeiterschaft des Saargebiets hat an der saarländisch-lothringischen Grenze den besten Anschauungs-unterricht gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und damit ge-werkschaftlicher Macht.

Was wäre aus den Saarbergarbeitern seit 1918 bis heute geworden, wenn die gewerkschaftliche Organisation ihre wirt-schaftlichen und sozialen Interessen gegenüber dem französischen Kapital zu verteidigen nicht in der Lage gewesen wäre? Kämpfe und aus solchen geborene Verhandlungserfolge geben Zeugnis von der eisernen Disziplin der Saarbergarbeiter. Auch das fran-zösische Kapital im Saargebiet hat vor Jahren versucht, die ge-werkschaftliche Geschlossenheit der Saarbergarbeiter zu brechen. Wir erinnern an die Gründung des Saarbundes mit Mitteln der französischen Gruberverwaltung. Die Zersplitterung der Saar-bergarbeiter durch die gelben Unternehmerjünglinge ist an dem gesunden einhelligen Abwehrwillen der Bergarbeiter gescheitert.

Doch was dem Unternehmertum in Lothringen gegliedert ist, warum soll das im Saargebiet nicht möglich sein? Versuchen wir es deshalb einmal mit dem Radikalismus — denkt wohl das Saarunternehmertum. Und richtig, schon ist die kommunistische „Opposition“ dabei, in den großen Verbänden ihre Judasarbeit zu leisten!

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter sowie der Ein-heitsverband der Eisenbahner haben bisher der kommunistischen Miteilslehre von der Gewerkschaftsspaltung standgehalten, wäh-rend die Metallarbeiter bereits seit Jahren mancherorts mit den Kommunisten scharfe Kämpfe führen müssen. Die Dillinger, Neunkirchener und Böllinger Hütten sind Musterbeispiele hierfür. Die völlige Zerrüttung der Abwehrfront in diesen Betrieben hat die Kommunisten stolz gemacht. Sie wollen nun ein gleiches auch im Bergbau versuchen. Die französische Gruberverwaltung hegt deshalb neue Hoffungen. Was dem Saarbund nicht gelang, wird es der kommunistischen „Opposition“ gelingen?

Die kommunistische Gewerkschaftsopposition, geführt von einem ehemaligen Bergmann — jetzt kommunistischem Parteisekretär —, welcher während des Bergarbeiterstreiks 1923 seine gewerkschaftliche Pflicht und sein „revolutionäres“ Herz ent-deckte und zu dieser Zeit Mitglied unseres Verbandes wurde, kämpft ist erster Linie gegen den Verband der Bergbauindustriearbeiter. Die Spaltung von Zahlstellen ist schon in die Wege geleitet, in Dudweiler und Heiligenwald mit will-fährigen Nachbetern bereits durchgeführt.

Die Gruberverwaltung erwartet neue Taten in der Hoff-nung, so baldigst eine lothringische Unternehmerdiktatur auch im Saargebiet aufziehen zu können. Aber die Arbeiterklasse ist mit dem Saarbund fertig geworden, sie wird auch mit der unter radikaler Maske auftretenden kommunistischen „Opposition“ fertig werden! Bergarbeiter, seid auf dem Posten! Werdet Mit-glied des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Dankfagung. Infolge Ablebens meines Mannes hat die Belegschaft der Grube Altenwald eine Sammlung veranstaltet, die den ansehnlichen Betrag von 1410 Fr. und 20 Reichspfennig erbrachte. Diese Summe wurde mir heute ausgehändigt. Für die bewiesene treue Kameradschafts- und Nächstenliebe spreche ich all den edlen und hochherzigen Gebern meinen innigsten Dank aus. Gronig, 12. Sept. 1930. Frau Johann Wilhelm.

Taufmann sucht Behrhauser erster Klasse von Grube Sägersfreude nach Grube Reden oder Ihenplitz. Meldungen beim Bezirksbüro Sillingen.

Taufmann gesucht! Ein Hauer von Grube Kohlwald, Bertrandschacht, sucht Taufmann nach Grube Wellesweiler oder Dechen. Wenn möglich, bis 1. November. Anfragen sind zu richten an das Büro unseres Verbandes Reumkirchen, Volkshaus.

Knappschaftsältesten-Kommission Dortmund-Hamm.

Sonntag, den 5. Oktober, im Lokale Kurt Fischer in Hamm, Ostentallee 105: Quartals-sitzung. Frauen sind willkommen!

Die 40. Beitragswoche

läuft vom 28. Sept. bis 4. Okt. 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Wenn Schmerzen... Total-Tabletten... Total-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notarieller Bestätigung anerkannt über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professore, die gute Wirkung des Total. Ein Versuch überzeugt! 1000 Stück 1.40. 0.46 Chin. 12.6 Bitt. 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amul.

Ueberraschend billig beziehen Sie fertige Betten... BÖHMISCHE Betten... Kamerateil, werbt für den Verband!

Bettmässen... Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeb. unanst. Institut Winkler, München 533, Heidestr. 4

Kauft nur den Bockhacker-Kerd... der sich glänzend bewährt. Zu haben in allen besseren Fachgeschäften

Egal Roggenbrot - trinkt Junli's Kondensiertes Korn-Kaffee billiger! 1 Pfund 48,-

